Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 22. Mittwoch den 22. Januar 1851.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 18. Januar, Abends 8 Uhr. Cavaignac greift in seiner heutigen Rede sowohl das Ministerium, als auch die Burggrafen an. Das Amendement St. Beuves, lautend: Die Versammlung hat zum Ministerium kein Vertrauen und geht zur Tagesordnung über; kommt zur Abstimmung und wird, trotz der Bemühung Baroches für dessen Verwerfung, mit 417 gegen 278 Stimmen angenommen. — Nach zirkulirendem Gerücht wird das Ministerium bleiben. — Auf telegraphischem Wege wird aus Madrid berichtet, daß Murillo zum Ministerpräsident und Finanzminister ernannt sei.

Paris, 18. Januar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 56, 80. 5% 94, 80.

Paris, 19. Januar, Nachmittags 5 Uhr. Der Präsident der Republik hat die Entlassung des Ministeriums nicht angenommen; es bleibt.

Die Minorität, die in der gestrigen Sitzung für das Ministerium gestimmt, wird Morgen über ihr ferneres Verhalten berathen.

Bei der Abstimmung über das Amendement St. Beuves hat Barrot und Molé gar nicht, Broglie, Faucher und Lamartine gegen dasselbe gestimmt.

Nach einem Gerücht beabsichtigt die Legislative dem General Lamoricière das Kommando über die zum Schutz der Nationalversammlung bestimmten Truppen zu übergeben.

General Narvaez wird wahrscheinlich spanischer Gesandter zu Paris werden.

Brüssel, 19. Januar. Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht. Als Grund hierfür bezeichnet man eine innere Spaltung mit dem Kriegsminister, der in eine Ersparung im Kriegsbudget nicht willigen wolle. Die Majorität der Kammer ist für das Ministerium; die Ansicht des Königs ist noch unbekannt; heute findet Ministerrath statt.

Karlsruhe, 19. Januar. Die Volkskammer hat das Anlehen von 5 Millionen Gulden bewilligt.

Frankfurt a. M., 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 36⅛.

Hamburg, 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen stille. Roggen sehr flau. Oel p. Januar 21⅛, p. Frühjahr 21⅝. Kaffee 4⅜ bez. Zink ohne Umsatz.

Stettin, 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 34, p. Frühjahr 33½ bez. und Gl. Rüböl 10⅙, p. Frühjahr 10½ Br. Spiritus 23¼, p. Frühjahr 22⅙ Br.

Uebersicht.

Breslau, 21. Januar. Gestern fand eine Sitzung der ersten Kammer statt, die jedoch von keinem erheblichen Interesse war.

In der letzten Konferenz zwischen dem Premierminister v. Manteuffel und dem Handelsminister wurde festgestellt, daß sich Preußen an den nordischen Steuerverein enger anschließen solle, wodurch freilich die Stellung des Zollvereins eine wesentlich andere werden müsse. Da nämlich der norddeutsche Steuerverein nur niedere Tarife annehmen könne, so würden die süddeutschen Staaten, wie Baiern, Baden und Würtemberg aus dem Zollvereine ausscheiden müssen. Trotzdem, daß sich Oesterreich alle Mühe giebt, um eine allgemeine deutsche Handels-Einigung zu Stande zu bringen, so wird Preußen dennoch diesen Bestrebungen entschiedenen Widerstand entgegensetzen und selbst nicht einmal auf Vermittelungsvorschläge eingehen.

Der Kriegsminister v. Stockhausen ist bedenklich erkrankt.

Ueber die wahrscheinliche Besetzung einiger hohen Verwaltungs-Posten theilen wir unter Berlin Notizen mit.

In Königsberg sind die am 17ten d. M. vollzogenen Wahlen der dritten Klasse für den Gemeinderath sämmtlich demokratisch ausgefallen.

Am 18. Januar fand zu Dresden die vierte Plenarsitzung der deutschen Bevollmächtigten statt. Sie beschäftigte sich mit der Bewilligung der zur Unterhaltung der Bundesfestungen nöthigen Gelder. Hoffentlich hat man dabei auch an die deutsche Flotte im Bremerhaven gedacht.

Nachdem zu Darmstadt am 17ten d. M. die Büreaus für den Landtag gebildet waren (dieselben sind überwiegend im konstitutionellen Sinne zusammengesetzt), fand am 18ten d. M. die Eröffnung der landständischen Kammern statt. Die von dem Präsidenten des Staatsministeriums gehaltene Eröffnungsrede theilen wir unter Deutschland mit.

Die badische Volkskammer hat eine Anleihe von 5 Millionen Gulden bewilligt.

Welche Bedeutung gegenwärtig Kurhessen für Deutschland und namentlich für Preußen hat, entwickelt ein Artikel der Nat.-Ztg., den wir unter Deutschland mittheilen.

Der Durchmarsch der Oesterreicher durch Kassel ist beendet. Das kurhessische Jägerbataillon ist in Kassel eingerückt. Der Druck, der auf den armen Bewohnern Kurhessens bisher lastete, dauert fort, und noch ist das Ende desselben nicht abzusehen. Im Gegentheil will man in Kassel mit ziemlicher Gewißheit wissen, daß nächstens ein zweites österreichisches Armeekorps einrücken werde.

Dasselbe meldet man aus Braunschweig, woselbst, sowie in Oldenburg, die Oesterreicher Posto fassen würden.

In Augsburg soll jetzt alljährlich 2 Mal eine große Waaren- in Verbindung mit einer Buchhändler-Messe (nach Art der Leipziger) stattfinden.

Der Uebergang der Oesterreicher über die Elbe hat an den drei bekannten Orten vom 17. bis 19. Januar stattgefunden. 10,000 Mann Oesterreicher stehen bereits auf lauenburgischem Boden, ja selbst in dem holsteinischen Orte Friedrichsruh sollen sie bereits eingerückt sein. Der Lübecker Senat hat gestattet, die lübeckischen Enklaven in Lauenburg zur Unterbringung einer Anzahl österreichischer Truppen zu benutzen.

Die Konferenzen der deutschen und dänischen Kommissare in Hamburg dauern fort. Der dänische General Bardenfleth ist auch dort angekommen. Er soll später Kommandeur der holsteinischen Armee werden.

Der dänische Bevollmächtigte Graf Reventlow-Criminil hat in Lauenburg eine Proklamation des Königs von Dänemark publizirt. (S. dieselbe unter „Schlesw. holst. Angelegenheiten.") — In einer zweiten Proklamation enthebt derselbe die Statthalterschaft ihrer Funktion und übergiebt die Leitung des Landes der lauenburgischen Regierung.

In Kopenhagen soll dagegen vielfache Unzufriedenheit mit der Wendung der Dinge in Schleswig-Holstein und in Folge dessen große Aufregung herrschen.

In Paris ist der Streich gegen das Ministerium geführt worden. Am 18. Januar wurde das Mißtrauens-Votum mit 417 gegen 278 Stimmen angenommen. Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht, der Präsident der Republik dieselbe aber nicht angenommen.

Auch in Spanien ist eine Ministerkrisis.

Desgleichen in Belgien. Dort hat das Ministerium seine Entlassung eingereicht, weil der Kriegs-Minister nicht in eine Ersparung willigen wollte.

Im bernerischen Jura haben unruhige Bewegungen stattgefunden. Die Regierung hat die nöthigen Vorsichtsmaßregeln angeordnet.

An der Grenze Galiziens stehen 30,000 Mann Russen; so meldet der Wiener ministerielle Lloyd.

Breslau, 21. Januar.

Nach Artikel 94 der Verfassung soll bei allen Preßvergehen, welche das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt, die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene erfolgen. Demgemäß sind denn auch bis jetzt alle Preßvergehen mit Ausnahme der bloßen Polizei-Kontraventionen vor die Geschwornen gelangt und selbst die Verordnung vom 5. Juni hat darin Nichts geändert.

Durch den neuen Preßgesetz-Entwurf würde die Gerichtsbarkeit über die Presse eine durchgreifende Veränderung, der Artikel 94 aber eine Auslegung erfahren, an die seine Urheber schwerlich gedacht haben möchten.

Nach § 31 des Entwurfes nämlich gehört nur die Entscheidung über Preßverbrechen vor die Schwurgerichte, wogegen die Aburtelung der Preßpolizei-Uebertretungen und Preßvergehen vor die zur Entscheidung der Uebertretungen und Vergehen kompetenten Gerichte, also die Einzelrichter und beziehungsweise die dreigliedrigen Abtheilungen der Gerichte, unter Ausschluß der Mitwirkung der Geschwornen, gehören.

Ein Blick auf die in dem Preßgesetz-Entwurfe hervorgehobenen Vergehen und die darauf gesetzten Strafen genügt, um die große Wichtigkeit der beabsichtigten Aenderung erkennen zu lassen.

Nach § 30 des Preßgesetz-Entwurfes ist nur diejenige mittelst der Presse verübte Handlung ein Preßverbrechen, welche mit einer höhern als einer dreijährigen Freiheitsstrafe bedroht ist. Nun aber ist der Entwurf insofern mit einer Art scheinbaren Milde abgefaßt, als nur bei Aufforderungen zum Hochverrathe und bei der Majestätsbeleidigung im engern Sinne die Strafe in ihrem Maximum die Dauer von 3 Jahren übersteigt.

Dies sind demnach auch die beiden einzigen Verbrechen, welche nach dem neuen Preßgesetz-Entwurfe von den Schwurgerichten abgeurtelt werden, alle übrigen Preßvergehen fallen unter die Kompetenz der gewöhnlichen Gerichte, sofern nicht etwa bei Aufforderungen zu strafbaren Handlungen das durch die Aufforderung wirklich hervorgerufene Verbrechen mit einer höhern als einer dreijährigen Freiheitsstrafe bedroht ist.

Unter die Kompetenz der gewöhnlichen Gerichte würden also in Zukunft zunächst alle Preß-Polizei-Uebertretungen fallen, worin gegen früher eine Aenderung nur insofern eingetreten ist, als die Strafen für dergleichen Uebertretungen mitunter bis zu einer fabelhaften Höhe (Geldbußen bis 1000 Rtl. und Gefängnißstrafen bis zu 2 Jahren) steigen.

Die Hauptveränderung würde aber in der Aburtelung der Preßvergehen eintreten.

Alle erfolglos gebliebenen Aufforderungen zu strafbaren Handlungen, Beleidigungen der Königin, des Thronfolgers, der übrigen Mitglieder des königlichen Hauses, der Oberhäupter fremder Staaten, der Gesandten, alle Aufforderungen zum Widerstande gegen die Staatsgewalt, die Verleitung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam, alle Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, ferner alle Beleidigungen einer Unzahl von politischen Körperschaften und beamteten Personen, wie überhaupt alle Verletzungen der Ehre eines Andern, endlich alle Vergehen gegen die Religion und die Sittlichkeit würden demnach der Kompetenz der Geschworenen entzogen werden.

Schon die bloße Aufzählung dieser einzelnen Vergehen genügt, um zu begreifen, daß die Aburtelung von Preßübertretungen durch Geschworene künftig die seltene Ausnahme, die Kompetenz der gewöhnlichen Gerichte aber die Regel bilden wird. Noch augenfälliger wird dies, wenn man die Natur und den Umfang einzelner der aufgezählten Kategorien etwas schärfer ins Auge faßt. So begeht z. B. nach § 81 derjenige ein Vergehen gegen die Sittlichkeit, wer durch die Presse sittliche Einrichtungen, namentlich die Ehe, die Familie, das Eigenthum, den Eid, dem Hasse oder der Verachtung aussetzt. So fallen unter die Vergehen gegen die öffentliche Ordnung nach § 65, 66 die Anreizungen der Angehörigen des Staates zum Hasse oder zur Verachtung gegen einander, die Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen, öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen der Einrichtungen des Staates oder der Anordnungen der Obrigkeit.

Nun aber liegt es wohl auf der Hand, daß die Besprechung der Einrichtungen des Staates, die Kritik der Handlungen der Regierung, der Beamten und politischen Körperschaften, die Erörterung der Probleme der Sittlichkeit, des Rechtes und der Religion das Hauptgebiet für die Thätigkeit der Presse darbieten, daß also auch die überwiegendste Gefahr, bei der Aeußerung seiner Meinung dem Preßgesetze zu verfallen, gerade in Bezug auf diejenigen Strafbestimmungen stattfindet, welche Vergehen betreffen, die der Kompetenz der Geschworenen entzogen sind.

Gegenüber diesem ausgedehnten und klippenreichen Gebiete schwinden die Fälle, für welche die Mitwirkung der Geschworenen eintreten müßte, fast in Nichts zusammen. Aufforderungen zum Hoch- und Landes-Verrathe werden bei einem nur erträglich geordneten Zustande zu höchst seltenen Ausnahmen werden, die Beleidigungen der Majestät aber in demselben Grade sich vermindern, als das konstitutionelle Wesen sich befestigt, und der konstitutionelle Takt durch Uebung und Gewohnheit sich verbreitet. Die Gefahr, in ihren Erörterungen die Grenzen des Gesetzes zu überschreiten, wird also für eine gebildete Presse fast ausschließlich nur in denjenigen Materien liegen, welche zu einem Preßvergehen verleiten könnten, und somit thatsächlich die Gerichtsbarkeit über die Presse den Geschworenen fast ganz entzogen werden.

Hierzu tritt noch der fernere wichtige Umstand, daß grade diejenigen Handlungen, welche der Preßgesetzentwurf unter die Preßvergehen stellt, einer strengen rechtlichen Definition mehr oder minder entbehren, und ihrer Beschaffenheit nach fast nothwendig entbehren müssen. Wir erinnern beispielsweise nur an die schon oben hervorgehobenen Vergehen gegen die Sittlichkeit. Bei dem Mangel einer strengen äußerlichen Begrenzung des Begriffes eines Vergehens tritt das subjektive Bewußtsein des Richtenden in den Vordergrund. Wenn aber die in der Vorfassung ausgesprochene Verweisung aller Preßvergehen vor die Geschworenen einen Sinn haben soll, so kann es doch nur der sein, daß die Frage: ob in der freien Meinungsäußerung die gesetzlichen Schranken überschritten worden, nicht von abhängigen Beamten, sondern aus dem Volksbewußtsein heraus entschieden, daß dieses als der höchste Richter über Handlungen, welche doch überwiegend aus subjektiven Gesichtspunkten beurtheilt werden, eingesetzt werden soll.

Schwerlich kann daher der Gesetzgeber die Absicht gehabt haben, durch den Art. 94 der Verfassung die Möglichkeit zu eröffnen, die ganze Preßgerichtsbarkeit den Geschworenen wieder zu entziehen, und durch die Gestattung von Ausnahmen einen Freibrief für die Umstoßung der Regel auszusprechen. Hätte er das gewollt, so wäre nicht abzusehen, zu welchem Zwecke überhaupt jener Artikel in die Verfassung gekommen wäre, ein Artikel, welcher nach der Auslegung, welche man ihm in dem Preßgesetzentwurfe gegeben hat, seine eigene vollständige Aufhebung in sich enthielte.

Mag daher der Preßgesetzentwurf dem Buchstaben der Verfassung entsprechen, ihrem Sinn ist er zuwider, denn dieser verlangt, daß die Aburtelung aller Preßvergehen durch Geschworene die Regel und nicht die seltene Ausnahme bilde.

Wir können dabei alle Diatriben, welche man so gern gegen die Schwurgerichte schleudert, wir können auch gerechte Vorwürfe, welche man gegen einzelne Entscheidungen derselben vielleicht erheben kann, außer Acht lassen.

Wenn ein der Verfassung widerstreitender Gesetzentwurf in der Untauglichkeit der Geschwornengerichte seine Rechtfertigung finden, wenn also durch die Ueberweisung der Preßvergehen an die gewöhnlichen Gerichte eine größere Garantie der Gerechtigkeit gegeben werden sollte, so müßte zunächst die Verfassung geändert werden, welche die Schwurgerichte sanktionirt. Noch aber gilt bei uns offiziell der Grundsatz, daß in der Aburtelung der Gesetzesübertretungen durch Geschworne die größte Garantie der Gerechtigkeit liegt, denn die schwersten Verbrechen gehören gesetzlich vor die Schwurgerichte.

Sollen wir daher in der Ausschließung der Preßvergehen von der Kompetenz der Geschwornen überhaupt eine bestimmte Absicht suchen, so könnte es keine andere sein, als der Presse diese höchsten Garantien zu entziehen und die Verurtheilung der wegen Preßvergehen Angeklagten zu erleichtern.

Preußen.
Kammer-Verhandlungen.
Erste Kammer.
10te Sitzung vom 20. Januar.

Präs. Graf Rittberg: Die Sitzung wird gleich nach 11 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank befinden sich die Herren von Manteuffel, Simons und v. Westphalen.

Tagesordnung: 1) Bericht der Kommission für Rechtspflege über die Verordnung vom 4. Juli 1850, betreffend die oberen richterlichen Instanzen für die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen. 2) Bericht der Petitions-Kommission. 3) Wahl der Mitglieder zur Staatsschulden-Kommission.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Die Abg. Bornemann und von Roth haben ihr Mandat niedergelegt, es werden Neuwahlen dafür angeordnet werden. Verschiedene Urlaubsgesuche werden verlesen und genehmigt. Die Wahlen der Abgeordneten v. Sanden und Meyer (Memel) werden genehmigt.

Die Kammer geht hierauf zur Tagesordnung über, und zwar zunächst zur Berathung des Gesetzes über die richterlichen Instanzen in den Fürstenthümern Hohenzollern.

Berichterstatter Abg. Mathis verliest den Bericht, welcher mit dem Antrage schließt:

daß die Kammer 1) die Dringlichkeit des Erlasses der Verordnung vom 4. Juli 1850, betreffend die Regulirung der oberen richterlichen Instanzen für die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen anerkennen und 2) derselben nachträglich die Genehmigung ertheilen wolle.

Abg. Mathis hat dazu folgenden Verbesserungsantrag gestellt:

Die Kammer wolle beschließen: Nach beendeter allgemeiner Diskussion über die oben bezeichnete Verordnung von einer speziellen Berathung der einzelnen Paragraphen Abstand zu nehmen, vorbehaltlich der Erörterung etwa eingehender Bemerkungen, und sofort über die Genehmigung der Verordnung im Ganzen Beschluß zu fassen. — Gründe: Die zu erwartende baldige Erledigung der seit Juli v. J. bereits in Kraft getretenen Verordnung durch eine definitive Justiz-Organisation in den Fürstenthümern, und der Wunsch für die anderweiten Arbeiten der Kammer Zeit zu gewinnen.

Redner haben sich nicht gemeldet; es wird daher zur Abstimmung über den Mathis'schen Antrag geschritten und derselbe mit großer Majorität angenommen. Hierauf wird über die Verordnung vom 4. Juli v. J. selbst abgestimmt und wird solche gleichfalls mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Es folgt hierauf der Bericht der Petitions-Kommission.

Derselbe beginnt (wie wir bereits mittheilten) mit Erörterung der Frage, wie es mit den bei der früheren Kammer angebrachten, aber nicht erledigten Petitionen gehalten werden soll? Nach kurzer Diskussion werden die Anträge der Kommission mit großer Majorität angenommen. Dieselben verlangen 1) daß die bei der früheren ersten Kammer angebrachten, aber unerledigt gebliebenen Petitionen ohne erneuerten Antrag der Interessenten von Amtswegen nicht aufzunehmen, vielmehr nur 2) den Ausschüssen und Kommissionen, zu deren Ressort sie gehören, informationis causa zu überweisen sind.

Der Landrath v. Haza, Samterschen Kreises, im Regierungsbezirk Posen, stellt die Unzulänglichkeit der landräthlichen Gehälter und Dienstentschädigungen dar, und bittet um Abhülfe dadurch, daß die Kammer entweder die vom Staatsministerium eingebrachte desfallsige Erhöhung des betreffenden Titels des Staatshaushalts-Etaats genehmige, oder selbst eine solche Erhöhung veranlasse. Die Kommission trägt auf Tagesordnung an. Abg. v. Manteuffel stellt den Verbesserungsantrag, die Petition dem Staatsministerium zu überweisen und motivirt denselben durch die Wichtigkeit der landräthlichen Funktionen, sowie durch die Unzulänglichkeit der betreffenden Besoldungen, die zwischen 800 und 1000 Rthlr. hoch sind. Minister v. Westphalen erklärt, die Regierung verkenne das Bedürfniß nicht, jene Besoldung zu erhöhen, für jetzt aber erlaubten es die Geldverhältnisse des Staates nicht. Die Kammer tritt dem Antrage der Kommission bei.

Der Magistrat und die Stadtverordneten zu Breslau tragen auf Uebernahme der Breslauischen Bankgerechtigkeits-Schulden auf die Staatskasse an.

Die Kommission beantragt daher: **Abgabe dieser Petition an das Staats-Ministerium.**

Ab. Wachler macht bemerklich, daß das Staats-Ministerium selbst schon früher eine solche Petition empfangen, dieselbe aber zurückgewiesen habe. Er beantragt deshalb, **daß die Petition an die Kommission zur näheren Untersuchung zurückgewiesen werde.** Die Kammer tritt dem Antrage der Kommission bei.

Der 2c. Fr. Ad. Arn. Heisen zu Bischhausen bei Eschwege **im Kurfürstenthum Hessen ersucht die preußischen Kammern, seinem bedrängten Vaterlande in der Noth, welche die beklagenswerthen Zerwürfnisse zwischen dem Landesherrn und der Volksvertretung, sowie den Behörden über dasselbe gebracht haben, Hülfe zu gewähren.** In Erwägung, daß nach dem Artikel 32 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 das Petitionsrecht den Kammern gegenüber nur allen Preußen zusteht, trägt die Kommission auf Tagesordnung an.

Abg. v. Ammon bestreitet es, daß die Kammer Petitionen von Nicht-Preußen nicht zu erörtern habe, wenn solche ihr wichtig genug erscheinen; gegen die einfache Tagesordnung hat er nichts einzuwenden, weil er nach der neulichen Abstimmung zweifle, daß die Majorität des Hauses Sympathien für das „mißhandelte hessische Volk" hege. — Abg. v. Gerlach protestirt gegen die letzten Worte, zumal, da auch der Herr Präsident sich in der Eröffnungsrede ähnlich geäußert. **Er und seine Freunde seien der entgegengesetzten Ansicht in Beziehung auf die hessische Frage.** — Die Kammer tritt dem Antrage der Kommission bei.

Der Gewerberath zu Magdeburg weiset auf den verderblichen Zuwachs des Detail-Handels hin. Die Petenten bitten, 1) daß der Betrieb des Detail-Handels, insbesondere die Zweige des Material-Waaren-Handels, des Ausschnitts- oder Manufaktur-Handels, des Eisen- u. s. w. Waaren-Handels und des Galanterie-Waaren-Handels, fortan den Bestimmungen der §§ 23 und 35 der Verordnung vom 9. Februar 1849 unterworfen werde; 2) daß es den Detaillisten gestattet werde, mit vom Ministerium zu bestätigenden Statuten, Innungen zu bilden. Die Commission beantragt die Petition dem Ministerium für Handel und Gewerbe zur nähern Erwägung zu überweisen. Abgeordn. Degenkolb beantragt die Niedersetzung einer Commission von 10 Mitgliedern, um die Sache näher zu prüfen. Abg. Carl ist gegen den Commissionsantrag und beantragt die einfache Tagesordnung. Die Kammer lehnt die Tagesordnung ab und nimmt den Degenkolb'schen Antrag an.

Es wird hierauf zur Vereidigung des neu eingetretenen Abg. Grafen Schaffgotsch geschritten. — Danach folgt die Wahl der Mitglieder der Staatsschulden-Commission. 111 Stimmzettel sind abgegeben. Es erhielten Stimmen: Carl 101, Graf Itzenplitz 81, Kühne 87, Stünzner 7, Magnus 29, Bode 2, Camphausen 1, v. Gerlach 1, v. Brünneck 1, v. Buddenbrock (Meseritz) 1. Die Abgeordneten Carl, Graf Itzenplitz sind demnach von Neuem zu Mitgliedern proklamirt und leisten demzufolge das eidliche Gelöbniß durch Handschlag. Die Tagesordnung ist hiernach erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf Mittwoch um 10 Uhr angesetzt. Tagesordnung: Wahl des Büreaus und Berathung des Gesetzes über die Todeserklärung verschollener Seefahrer.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr.

Berlin, 20. Jan. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem bei der Regierungs-Hauptkasse zu Frankfurt angestellten Ober-Buchhalter Granier den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Ihre Hoheiten die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen sind abgereist.

Angekommen: Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Witzleben, von Magdeburg. Der Ober-Hof-Jägermeister v. Pachelbl-Gehag von Potsdam.

Berlin, 20. Jan. [Tagesbericht.] Es ist immer weniger zu verkennen, welches Gewicht die österreichische Regierung auf das Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handels-Einigung legt. In wohlverstandenem Interesse agitirt Oesterreich für das Zustandekommen dieser Einigung, weil sie für die Regulirung seiner Finanzen eine Lebensfrage ist. Kann es nun auch nicht bestritten werden, daß die österreichischen Vorschläge Vortheilhaftes für einen oder den andern süddeutschen Staat bieten würden, wenn eben das österreichische Papiergeld nicht wäre, so ist für den Norden Deutschlands das Eingehen auf jene Pläne rein unmöglich. — Es kann durchaus keinem Zweifel unterliegen, daß auch unsere Regierung weit entfernt ist, jene Propositionen zu berücksichtigen, und man wird sicherlich auch alle nachtheiligen Vermittelungsvorschläge bei Seite lassen. Der

Art. 11 der Bundesakte enthält den Passus: „Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch in keine Verbindung einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Buudes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären. Kann nun vom Bundesstandpunkte aus, die Sicherheit des Bundesstaats Oesterreich nicht für gefährdet angesehen werden, wenn ihm die Mittel nicht geboten werden, sein Papiergeld außer Landes zu stationiren, so wird man gegen bestehende oder zu gründende Steuer- und Zoll-Vereine innerhalb des Bundes nichts einwenden können. Der im Art. 19 der Bundesakte und beziehungsweise im Art. 65 der Wiener Schluß-Akte gemachte Vorbehalt einer Berathung über Handel und Verkehr ändert nichts und es bleibt zweifelsohne der preuß. Regierung das Recht, sich auf gar keine Handels- und Zolleinigung einzulassen.

Preußen unterhält zur Zeit im Auslande 28 Gesandtschaften und 12 Konsular-Agenturen. Für diese auswärtige Vertretung wird die Summe von 430,000 Rthl. und resp. 54,000 Rthl., zusammen also von 484,000 Rtl. verausgabt.

Das frühere Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, Herr v. Herrmann, wird Baiern in Zoll- und Handelsangelegenheiten in Dresden vertreten.

Für das laufende Jahr wird beim landwirthschaftlichen Ministerio zur Ausführung der begonnenen Meliorationen und Deichbauten, so wie zu derartigen Vorarbeiten eine Summe von 102,000 Thalern erforderlich werden.

Der Kriegsminister v. Stockhausen ist bedenklich erkrankt. Morgen Vormittag findet eine Sitzung des Staatsministerii statt.

Prinz Friedrich Wilhelm, Sohn des Prinzen von Preußen, kehrt morgen nach Bonn zurück. (C. B.)

Wir hören aus guter Quelle, daß im Staatsministerium bereits Beschlüsse über die Besetzung der Regierungs-Präsidenten-Posten in Frankfurt a. O., Liegnitz und Merseburg, so wie des Polizeipräsidiums von Berlin gefaßt sind und allernächstens publizirt werden. Wir hören darüber Folgendes, ohne alle Einzelheiten verbürgen zu wollen. Der Präsident von Manteuffel wird genannt als Präsident in Liegnitz, aber auch in Frankfurt; aus letzterem Regierungsbezirk sind bereits mehrere Petitionen zu Gunsten des Herrn v. Manteuffel bei der Staatsregierung eingegangen. Daneben wird Herr v. Manteuffel auch als derjenige bezeichnet, den der Herr Minister von Westphalen sich zum Unterstaats-Sekretär für das Ministerium des Innern ersehen hat. Sonst soll der Polizei-Präsident von Hinckeldey für Frankfurt bestimmt sein. Der Landrath v. Kleist-Retzow soll Herrn v. Manteuffel in Königsberg ersetzen. Der Direktor im Ministerium des Innern, Herr von Puttkammer, soll zur Regierung nach Merseburg als Chef-Präsident versetzt werden; wir glauben nicht an diese Versetzung, halten vielmehr dafür, daß Hr. v. Puttkammer bestimmt sein dürfte, den Unterstaats-Sekretär im Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten, Präsidenten Bode, zu ersetzen.

Der diesseitige Gesandte am kaiserl. russischen Hofe, Herr v. Rochow, wird vorläufig auf Urlaub hier erwartet. Wie es heißt, wird er bei den im diplomatischen Korps bevorstehenden Veränderungen nicht nach St. Petersburg zurückkehren.

Nach einer in vergangener Nacht hier eingetroffenen telegraphischen Depesche aus Wien hat der dänische Finanzminister Graf Sponneck daselbst erklärt, er werde seiner Regierung dringend die Entwaffnung der dänischen Armee anrathen.

Bei der Denkwürdigkeit der diesmaligen Feier des Krönungs- und Ordensfestes dürfte Manchem unserer Leser folgende Zusammenstellung der an diesem 18. Januar verliehenen Orden nicht uninteressant sein. Es wurden verliehen: 1 rother Adler-Orden 1. Klasse mit Eichenlaub, Krone und Szepter; 2 desgl. mit Eichenlaub. Von rothen Adlerorden 2. Klasse wurden im Ganzen verliehen 15, 3. Klasse 39, 4. Klasse 159; ferner 13 Johanniter-Ordenskreuze und 153 allgemeine Ehrenzeichen, im Ganzen also 382 Dekorationen. Unter den Empfängern befanden sich nur 53 Adlige; 9 der Ritter stehen nicht in preußischen Diensten. Im Allgemeinen wurden diese Orden vertheilt an: 67 Verwaltungs- und 57 Justizbeamte, 25 Militärs, 15 Geistliche, 16 Universitäts- und andere Lehrer, 16 Kaufleute und Gewerbtreibende und 20 Private. Das allgemeine Ehrenzeichen empfingen: 36 Schulzen und sonstige Gemeinde-Mitglieder, 33 Gensd'armen und Polizeibeamten, 53 Boten und andere Unterbeamten ꝛc. 68 Orden, darunter 22 allgemeine Ehrenzeichen, blieben in Berlin. Unter den Rittern befanden sich unter Anderen: 2 Minister, 1 wirkl. Geheimerath, 2 General-Lieutenants (inkl. des Kriegsministers), 2 Generalmajors, 6 Obersten, 3 Oberstlieutenants ꝛc.; ferner 1 Ober-Tribunals-Vice-Präsident, 1 Unter-Staatssekretär, 3 geh. Ober-Tribunalsräthe, 1 Stadtgerichts- und 1 Landgerichts-Präsident, 3 Appellations-Vice-Präsidenten, 7 geh. Justizräthe, 3 Ober-Staatsanwalte und 1 General-Prokurator, 1 Bischof, 1 Regierungs-Präsident und 1 Regierungs-Vice-Präsident, 1 Handelskammer- und 1 Polizei-Präsident, 4 General- und andere Konsuln, 5 geheime Ober- und 6 geh. Regierungs-Räthe ꝛc.

Den fürstlichen Rittern des hohen Ordens vom schwarzen Adler, welche in dem am 18. gehaltenen Kapitel die Investitur erhielten, war der Orden selbst schon vor längerer Zeit verliehen worden. (N. P. Z.)

Des Königs Majestät haben unterm 18. d. M. die Oberst-Lieutenants Bahr, Kommandeur des 14ten, Heuseler, Kmdr. des 24sten, Lignitz, Kmdr. des 27sten Infanterie-Regiments, Fischer, militärischer Begleiter Se. königl. Hoh. des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, v. Bonin, Flügel-Adjutant, v. Knobloch, Kmdr. des 12ten, v. Fröbel, Kmdr. des 22sten Infanterie-Regiments, v. Arnim, Kmdr. des 1sten Garde-Ulanen-(Landw.-)Regiments, v. Nolte, Kmdr. des 17ten Inf.-Regiments, Kunowski, vom Kriegsministerium, v. Hoffmann, Kmdr. des 3ten, v. Kessel, Kmdr. des 29sten, Scheppe, Kmdr. des 23sten, v. Steinmetz, Kmdr. des 32sten, Freydank, Kmdr. des 15ten Inf.-Regts., Schach v. Wittenau, Kmdr. des 2ten Artillerie-Regts., v. Johnston, Kmdr. des 4ten Kürassier-Rgts., Bogun v. Wangenheim, vom Kriegsministerium, Prinz Philipp v. Croy, Flügel-Adjutant und Kmdr. des 4ten Husaren-Regiments und v. Schöler, vom Kriegs-Ministerium und Flügel-Adjutant, zu Obersten zu ernennen geruht.

In Folge der neuesten Bestimmungen des Kriegs-Ministeriums werden auch die meisten für die mobile Armee eingerichteten Administrationen aufgelöst und dadurch eine große Menge von Beamten ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgegeben werden. Insbesondere werden sämmtliche Feldposten, mit alleiniger Ausnahme der für das nach Holstein bestimmte Corps eingerichteten, eingehen. (C. C.)

[Zur Handelsfrage.] Ueber das Ergebniß der am letzten Donnerstage im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten stattgefundenen Konferenz zwischen dem Herrn Minister-Präsidenten und dem Hrn. Handelsminister, in welcher unter Zuziehung mehrerer Räthe schließlich über die von Preußen in der nächsten Zukunft inne zu haltende Handelspolitik berathen worden ist, erfahren wir, daß die Ansicht des Hrn. Ministerpräsidenten, welche auf Beförderung des norddeutschen Steuervereins (Hannover, Oldenburg, Holstein, nördliches Braunschweig, Mecklenburg, Hansestädte) und Anschluß desselben an den Zollverein ausgeht, sich Geltung verschafft hat. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Graf v. Alvensleben für die am 22. d. M. in einer Sitzung zusammentretende 3te Kommission (materielle Interessen) der Dresdener Konferenz Instruktionen erhalten wird, die der von dem Hrn. Ministerpräsidenten vertheidigten Handelspolitik entsprechen, — Instruktionen, von denen man sich nicht verhehlen darf, daß sie geeignet sein dürften, dem bisherigen Zollverein ein ziemlich veränderte Gestaltung zu verschaffen. Die süddeutschen Theile des Zoll-Vereins beanspruchen überall höheren Tarif, während eine Verbindung des Zollvereins mit dem norddeutschen Steuerverein einen durchweg geringeren Tarif voraussetzt; es dürfte deshalb nicht zu umgehen sein, daß der Zollverein seinen Schwerpunkt mehr nördlich nimmt, und daß Baiern, Baden und Würtemberg aus ihm heraustreten, kurz, daß dem Zollverein eine Reform bevorsteht, die ihn aus einem unnatürlichen Boden in seinen natürlichen, ureigentlichen Boden versetzt. Die übrigen Mitglieder, wie Sachsen, Thüringen, Luxemburg, Hessen, Nassau, Frankfurt, dürften schon in Rücksicht auf ihre materiellen Interessen bei dem reformirten Zollverein verbleiben. — Bei dieser Sachlage mag es sich von selbst ergeben, daß das Gerücht von einer Verlegung des Zollvereins-Tages von Wiesbaden nach Dresden ein bloßer Wunsch der süddeutschen Zollvereins-Staaten ist. Wie wir hören, wird die preußische Regierung den Zollverein in Wiesbaden tagen lassen, auch wenn sich Baden, Würtemberg und Baiern dadurch veranlaßt finden sollten, denselben nicht zu beschicken. Wenn auch die preußische Regierung so ihre künftige Handelspolitik festgestellt hat, so darf doch nicht daraus gefolgert werden, daß der Herr Handelsminister, der Gegner des nun geltenden Prinzips, darum sein Ministerium aufgeben wird, und noch weniger, daß eine vollständige Verständigung zwischen den Herren v. Manteuffel und v. d. Heydt, wie das Gerücht besagt, stattgefunden habe. Herr v. d. Heydt ist durch die Macht der Umstände gezwungen worden, von dem Schutzzollsystem in Preußen abzusehen, und im Handelsministerium selber kämpft man noch hier für Schutzzoll, dort für Freihandel. Thatsache ist, daß Herr v. d. Heydt mit seinen Räthen sich nicht in der nothwendigen Uebereinstimmung befindet. (N. P. Z.)

Am 17. d. Mts. kamen hier 265 Personen an und reisten 260 ab. Abgereist: der k. k. österreichische Ministerial-Rath Dr. Hock nach Wien. Am 18. kamen 262 Personen an und reisten 270 ab. Abgereist: der k. großbrit. Kabinets-Kurier Grattan nach St. Petersburg. (C. C.)

Königsberg, 17. Jan. [Die Gemeinderathswahlen] der 3. Abth. sind vorgestern beendet und, wie es vorauszusehen war, entschieden zu Gunsten der demokratischen Partei ausgefallen. Von 34 Gemeinderäthen, die von der 3. Abtheilung zu wählen sind, erhielten 12 die absolute Majorität, die alle der demokratischen Partei angehören; unter ihnen befindet sich der bekannte Dr. Kosch. (N. Preuß. Z.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 17. Jan. Die Kommissionen haben ihre Arbeiten in Betreff der Reorganisation und Stimmenvertheilung des engern Rathes noch nicht beendet, und die Zustimmung derselben zu der zwischen Oesterreich und Preußen in dieser Beziehung geschlossenen Uebereinkunft ist daher bis jetzt noch nicht erfolgt. Indessen werden die Bedenklichkeiten, welche einzelne Kommissionsglieder durch Erklärungen oder wenigstens durch Stillschweigen über die vorgeschlagenen Modifikationen manifestiren das Verständigungswerk auf dieser Basis nicht zu beseitigen im Stande sein, und nur dazu dienen, die formelle Anerkennung desselben aufzuhalten. Daß noch Eventualitäten eintreten könnten, welche die Stipulationen Preußens und Oesterreichs abermals rückgängig machten, wird nicht befürchtet.

Fürst Schwarzenberg wird gegen Ende dieses Monats wieder hier eintreffen und auch die Ankunft des Hrn. v. Manteuffel steht sodann und vielleicht noch früher bevor. Die Entscheidung über die Frage des Vorsitzes und darüber: ob und welche Beschlüsse mit Majorität und welche mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt werden sollen, ist noch nicht getroffen.

Die Verhandlungen der Kommission für materielle Interessen mit den Spezialbevollmächtigten der Einzelnstaaten sollen beginnen, sobald diese Bevollmächtigten in genügender Anzahl hier eingetroffen sein werden. Der festgesetzte Termin — 22. d. Mts. — wird jedenfalls von den meisten überschritten werden.

Sie haben bereits erfahren, daß Hr. v. Manteuffel geneigt sein soll, auf einen Handelsvertrag mit Oesterreich einzugehen, zu welchem auch der Steuerverein und die Hansestädte durch die Vermittelung Preußens hinzutreten würden. Das Aufhören der Transitzölle und freier Verkehr in Rohprodukten durch das ganze österreichisch-deutsche Zollgebiet würde die Folge dieses Vertrages sein. Wenn Fürst Schwarzenberg wieder hierher zurückkehrt, so wird er sich persönlich mit den Unterhandlungen in der Zollfrage befassen.

Ich bin Ihrer Aufforderung zuvorgekommen und habe bereits in meinem Schreiben vom 15. mich über die Desavouirung des „Dresdner Journals" in Betreff des bevorstehenden Monarchen-Kongresses ausgesprochen. Ich befand mich nur noch insofern im Irrthum, wenn ich davon sprach, daß sämmtlichen auswärtigen Gesandten bereits Anzeige hiervon zugegangen sei. (Nat. Ztg.)

△ **Dresden**, 20. Januar. Die vierte Plenarsitzung, die vorgestern stattgefunden, war nicht der Verfassungsfrage gewidmet, da die erste und zweite Kommission mit der Ausarbeitung ihrer Vorlagen noch immer beschäftigt sind. Gegenstand der Verhandlung war die Bewilligung der zur Unterhaltung der Bundesfestungen nöthigen Gelder, mit deren Verwaltung noch immer die Central-Bundeskommission beauftragt ist. Uebermorgen sollen die sog. Techniker hier versammelt sein, die der 3. Kommission für Handels- und Verkehrsfragen praktischen Beistand leisten sollen. Man begreift jedoch nicht recht, was diese Herren thun und wie sie nützen können. Denn um den Art. 19 der Bundesakte, der von der Zolleinigung handelt, anders und schärfer zu fassen, dazu braucht man keine Techniker; und daß die Kommission mit Hilfe der Sachverständigen Vorschläge zu Stande bringen sollte, die den Beifall des Plenums ohne irgend einen Dissens erhielten, dazu ist nicht die mindeste Aussicht; wie sollte denn z. B. der Vertreter für Limburg, das gänzlich mit der holländischen Verwaltung verflochten ist, irgend einer durchgreifenden Maßregel in handelspolitischen Dingen seine Zustimmung geben?

△ **München**, 17. Jan. [Süddeutsche Waarenmesse in Augsburg.] Ich beeile mich, Ihnen die interessante Nachricht mitzutheilen, daß das baierische Handelsministerium eine süddeutsche Waarenmesse in Augsburg zu errichten gedenkt, womit auch, wie zu Leipzig, eine Buchhändlermesse verbunden werden soll. Diese Messe würde zweimal des Jahres, im Frühjahre und Herbste, abgehalten werden, und jedes Mal 22 Tage dauern. Vom hiesigen Handelsgremium und dem Gewerberath hat das Ministerium bereits ein Gutachten hierüber abverlangt. — Heute ist der Chef der Ingenieurs des in Kurhessen aktiv gewesenen 2ten Armee-Corps, Oberst Hörmann, hier eingetroffen. Eine Anzahl Subalternen begleiten denselben. — Den Minister v. d. Pfordten erwarten bei der morgigen Rückkehr aus Dresden Empfangsfeierlichkeiten von Seiten der Großdeutschen.

Darmstadt, 18. Jan. [Eröffnung des Landtages.] Beide Kammern des auf den 15. d. M. berufenen außerordentlichen Landtages hielten gestern ihre ersten vorbereitenden Sitzungen, in welchen sie ihre Präsidenten und Bureaus wählten. — Heute nach 11 Uhr wurden die landständischen Kammern von dem Präsidenten des großh. Staatsministeriums, Freiherrn v. Dalwigk, im Namen und Vollmacht Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs mit folgender Rede eröffnet:

„Hochzuverehrende Herren! Seine königl. Hoheit der Großherzog haben mir den Befehl zu ertheilen geruht, in Allerhöchstihrer Verhinderung, die dermalige außerordentliche Ständeversammlung zu eröffnen.

Die Ereignisse, welche die Staatsregierung genöthigt haben, eine Versammlung zu berufen, in welcher besser, als es bei Wahlen mit allgemeinem direkten Stimmrechte möglich war, die Wünsche und Interessen der konservativen Elemente der Bevölkerung vertreten sein werden, waren von der ernstesten Art. Sie ließen nur die Alternative, entweder auf das monarchische Prinzip zu verzichten, den Staat selbst und mit ihm die Existenz seiner Angehörigen der schlimmsten Herrschaft, der Willkür der Faktionen Preis zu geben, oder von dem Nothwehrrechte Gebrauch zu machen, welches für solche außerordentliche Fälle eine weise Gesetzgebung auch noch ausdrücklich in die Hände des Staats-Oberhauptes gelegt hat.

Die erste glänzende Genugthuung wurde der Regierung zu Theil, als die Fortentrichtung der willkürlich verweigerten Steuern mit einem bis dahin nie vorgekommenen Eifer erfolgte. Eine weitere Genugthuung erwartet die Regierung von Ihnen, meine hochgeehrtesten Herren, indem sie Ihnen Gesetzentwürfe zur Ertheilung Ihrer Zustimmung vorlegt, welche bestimmt sind, die früher so ausgezeichnete Ordnung in den Finanzen des Großherzogthums neu zu befestigen, und den revolutionären Angriffen auf die monarchische Verfassung des Landes kräftiger, als es seither möglich war, namentlich durch eine ausreichende Preßgesetzgebung so wie durch Vorschriften zur Sicherung einer unparteiischen, unabhängigen Rechtspflege und Herstellung selbstthätiger befriedigender Administration, zu begegnen.

Die hessischen Waffen waren es, die vor nicht langer Zeit der übermächtigen, gewaltsamen Revolution einen festen Damm entgegenstellten. An uns ist es nun, unserem deutschen Vaterlande zu zeigen, daß auch in der Bekämpfung der Anarchie mit den friedlichen Mitteln der Gesetzgebung, in der Schaffung von Einrichtungen, welche die öffentliche Sicherheit und die damit zusammenhängenden Interessen der Einzelnen, eben so kräftig, als die bürgerliche Freiheit, wahren, das Großherzogthum Hessen unter allen Staaten Deutschlands in der vordersten Reihe steht.

Die Staatsregierung wird redlich bemüht sein, durch Gesetzlichkeit, durch Thätigkeit und Kraft den Erwartungen zu entsprechen, welche Sie, meine hochzuverehrenden Herren, und das Land an sie zu stellen berechtigt sind. — Sie wird insbesondere, wo sie immer die Interessen des Landes zu wahren hat, nie vergessen, welche Stellung Hessen, gestützt auf sein gutes Recht, und die Haltung seines Volkes anzusprechen berufen ist. (Der Ministerial-Sekretär verliest die Eidesformel und ruft die Beeidigten einzeln auf. Nach der Beeidigung fährt der gr. Commissär fort:) Im Namen des Großherzogs erkläre ich die gegenwärtige außerordentliche Ständeversammlung für eröffnet."

** **Kassel**, 19. Januar. [Tagesbericht.] Mit dem heutigen Tage haben die Durchmärsche der österreichischen Truppen vorläufig ihre Endschaft erreicht. Sie werden aber in aller Kürze wieder beginnen, da bereits die Anzeige hier eingetroffen sein soll, daß ein weiteres Armeekorps nachrücken und seinen Marsch über hier nehmen werde. Diese Kunde ist mit wahrhaftem Entsetzen aufgenommen worden, da voraussichtlich nur das größte Elend die Folge sein kann. Die Vorräthe sind aufgezehrt und da für diese Durchzüge bis jetzt nicht die geringste Vergütigung an die Quartiergeber gezahlt worden ist, so sind sie auch nicht im Stande, sie zu ersetzen. Die Noth hat bereits auf dem Lande eine große Höhe erreicht. — Der Vicebürgermeister, Oberpostmeister Nebelthau, versieht dermalen einstweilen die Stelle eines Vorstandes der Polizei. — General v. Peucker gab gestern zur Feier des 18. Januar ein großes Festmahl. — Das kurhessische Jäger-Bataillon, was bisher im Hanau'schen lag, ist wieder hier eingerückt. — Durch den Bezirksdirektor Wachs, sind auf Befehl des Grafen Leiningen, alle Beifalls- und Mißfallens-Aeußerungen bei politischen oder politisch anscheinenden Stellen der Stücke im hiesigen Theater untersagt. Alle Theilnehmer an solchen Demonstrationen sollen zur Bestrafung vor das Kriegsgericht gestellt werden.

[Die jetzige Bedeutung Kurhessens.] Seitdem die „Renitenz" der Beamten „gebrochen" und die „landesherrliche Autorität" wieder hergestellt ist, hat unser Land wieder das natürliche Maß seiner Bedeutung im deutschen Staatenkonzert erlangt, d. h. es hat aufgehört, eine Warte der Freiheit oder ein Vorposten der Restauration zu sein. Nicht, als ob die letztere abgethan wäre, nein im Gegentheil, sie beginnt jetzt erst. Aber sie hat jetzt reine Bahn, man muß sie ohne Kampf gewähren lassen. Wüßte die Reaktion etwas Lebensfähiges zu schaffen, der Platz für ihre neuen Organisationen wäre geebnet. Nach Außen hat Kurhessen nur die Bedeutung noch, welche ihm seine geographische Lage giebt. Es ist ein austro-bavarischer Keil, in das Herz von Deutschland getrieben und Preußen durch Spaltung seines Territorialgebiets lähmend, für den Fall einer kriegerischen Schilderhebung von Seiten dieser Macht. Es verbindet aber ebenso den Norden und Süden, wie es den Osten und Westen Deutschlands scheidet, und ist darum in großdeutscher Hand zugleich eine Klammer, bestimmt, die auseinanderstrebenden Theile zusammenzuhalten. Die Geschichte des gegenwärtigen Ministeriums, der Kampf zwischen Bundestag und Union hat zu entschieden auf die Gunst der Lage des Hessenlandes hingewiesen, als daß man es nun bald wieder aus der Hand lassen sollte. Man hat sich deshalb schon der Befürchtung hingegeben, daß Oesterreich, wenn es noch ein zweites Armeekorps im Rücken des holsteinischen aufstellen sollte, dasselbe seinen Weg wieder durch unser Land nehmen lasse. Nat. Z.)

Braunschweig, 17. Januar. [Oesterreicher.] Die Oesterreicher mit ihrem: „Nur immer langsam voran" scheinen doch schneller zu ihrem Ziele zu gelangen, als Preußen mit seinen gewaltigen Anläufen. Ihr Plan hier und in Oldenburg eine Reserve für ihre Exekutionstruppen in Holstein aufzustellen, ist bekannt, und wenn auch jetzt von einer Exekution bei dem Nachgeben der Statthalterschaft nicht mehr die Rede sein kann, so ist doch das Interesse des Kaiserstaats, uns hier seine Truppen zu zeigen, zu augenscheinlich, als daß er nicht doch irgend einen Vorwand zur Ausführung seines Plans finden sollte. Doch wozu bedarf es überhaupt eines Vorwandes? Oesterreich ist die vorherrschende Macht in Deutschland. Schon seit einigen Tagen heißt es, daß wir hier österreichische Einquartierung zu erwarten hätten, ob als Durchmarsch, ob dauernd, weiß man nicht, so viel aber ist gewiß, daß man sich im Allgemeinen darauf vorbereitet, namentlich vom Magistrats wegen die Häuser untersuchen läßt. Unser Gebiet wird auf keinen Fall von den fremden Gästen verschont werden, wenigstens hören wir, daß heute in Seesen zwei Bataillone Oesterreicher eintreffen werden. (H. C.)

Lübeck, 18. Jan. Heute haben auch wir die ersten österreichischen Uniformen hier gesehen. Wie man vernimmt, betrifft die Anwesenheit derselben, zweier Offiziere, indeß nur den Durchmarsch des österreichischen Exekutions-Corps durch die im südlichen Holstein auf der Route von Lauenburg nach Oldesloe gelegenen enklavirten Lübeckischen Dorfschaften Nusse, Behlendorf ꝛc., nicht aber, wie man Anfangs befürchtete, eine Einquartierung dieses Corps in unserer Stadt selbst. Senator Behrens ist in Begleitung eines Sekretärs wegen dieser Angelegenheit sofort nach Nusse abgegangen, woselbst schon die Avantgarde des Corps eingerückt ist. — Gleichzeitig langten heute Morgen wiederum mit dem Dampfschiff „Lübeck" 53 schleswig-holsteinische Kriegsgefangene von Kopenhagen hier an, und wurden, wie die früheren Transporte, durch eine freiwillig zusammengetretene Einquartierungs-Kommission, sofort bei hiesigen Bürgern untergebracht und freundlichst verpflegt. Herzzerreißend ist der Anblick dieser größtentheils ganz invaliden jungen Mannschaft, zumal wenn man den Ausgang der Sache bedenkt, welcher dieselbe ihr Blut und ihre gesunden Gliedmaßen geopfert hat.

Ueber den Elbübergang der Oesterreicher erhalten wir noch folgende nähere Angaben: Nachdem am 15ten und 16ten die beabsichtigte Ueberschreitung der Elbe von Seiten der österreichischen Exekutionstruppen wegen des plötzlich entstandenen Treibeises ausgesetzt war, wurde mit derselben am 17ten in der Gegend von Artlenburg, wie wohlunterrichtete Reisende von dorther berichten, auf drei Punkten mittelst der von preuß. Garde-Pionnieren errichteten Pontons begonnen und ununterbrochen fortgefahren, so daß mit dem 19ten eine Division von vier Regimentern, circa 10,000 Mann, das lauenburgische Gebiet betreten haben werden. Eine gleiche Truppenzahl soll, dem Vernehmen nach, in den nächsten Tagen folgen, und der Rest von circa 8000 Mann einstweilen im Lüneburgischen bleiben." (H. C.)

Hamburg, 19. Jan. [Konferenzen.] Die in voriger Woche zu Konferenzen hier versammelt gewesenen Bevollmächtigten Preußens, Oesterreichs und Dänemarks, nämlich die Generäle v. Thümen und Graf Mensdorff, so wie Graf Reventlow-Criminil (Baron Carl von Plessen ist, wie wir hören, fortwährend hier geblieben) sind von den kurzen Ausflügen, die sie resp. nach Berlin, Hildesheim und Lauenburg unternommen hatten, wieder in unsere Mitte zurückgekehrt. Die dänischen Unterhändler haben aber seit gestern noch einen neuen Sukkurs erhalten, indem der dänische General-Lieutenant v. Bardenfleth von dem dänischen Major v. Diedrichsen begleitet, gestern gegen Abend über Travemünde von Kopenhagen hier eingetroffen ist. Der genannte General soll, wie es heißt, dem Grafen Reventlow-Criminil bei den Unterhandlungen zur Seite stehen. — Ueberhaupt haben sich jetzt in unserer Stadt so viele Diplomaten, wie wohl noch nie vorher, ein Rendez-vous gegeben; denn außer den Erwähnten weilen auch der Sekretär im preußischen Ministerium des Auswärtigen, Burchardi, der spanische Gesandte am preußischen Hofe, Armero, der frühere schleswig-holsteinische Departementschef des Aeußern, v. Harbou, der Baron Blome von Heiligstedt hier. Auch der Prinz von (Augustenburg) Noer und General Gerhard sind wieder hier angelangt. (N. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Ratzeburg, 18. Januar. Die Proklamation Seiner Majestät des Königs-Herzogs vom 8. d. M., welche durch den Grafen v. Reventlow-Criminil vor der Beeidigung des Militärs auf hiesigem Marktplatze am 16. d. M. verlesen und heute publicirt wurde, lautet wie folgt:

„Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg ꝛc. ꝛc.

Thun kund hiermit: Mit der Ratifikation des zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde am 2. Juli v. J. zu Berlin abgeschlossenen Friedens ist den verhängnißvollen Ereignissen ein Ziel gesetzt, welche Unser Herzogthum Lauenburg von Unserer landesväterlichen Fürsorge entfernt gehalten haben.

Wir blicken mit tiefgefühltem Dank gegen Gott mit zutrauensvoller Hoffnung in die Zukunft und nach langer Unserm Herzen schmerzlichen Unterbrechung richten Wir wieder Worte der Liebe an Unsere theuren lauenburgischen Unterthanen.

Inmitten der Erschütterung und der Aufregung der Gemüther, welche die verflossenen Jahre bezeichnet, hat in Unserm Herzogthum Lauenburg die öffentliche Ordnung keine gewaltsamen Störungen erlitten, die Gesinnungen der Ergebenheit und Treue für den Landesherrn sind nicht verläugnet worden.

Dem Sinne der lauenburgischen Einwohner für Gesetzlichkeit und Recht geben Wir gerne dieses Zeugniß. Mit um so größerer Zuversicht erwarten Wir von ihnen, daß sie auch jetzt, wo Wir, Kraft dieses Unseres Patens, Unsere landesherrliche Macht und Fürsorge ungehemmt wieder eintreten lassen, mit freudigen und zutrauensvollen Herzen Uns diese Gesinnungen bethätigen werden.

Unter Gottes Beistand wird sich ihnen alsdann eine Zukunft des regelmäßigen Fortschritts, des ungestörten Genusses aller Segnungen des Friedens eröffnen.

Von der Ueberzeugung geleitet, daß die unter dem Einflusse und im Drange einer bewegten Zeit einseitig zu Stande gebrachten organischen Gesetze die Bürgschaft der Dauer nicht in sich tragen, auf der andern Seite aber auch ein Gefühl Unseres Berufs, den mittlerweile sich gestaltenden Verhältnissen in Unserm Herzogthum Lauenburg diejenige Berücksichtigung zu schenken, welche mit den von Unsern königlichen Vorfahren vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen vereinbarlich sein wird, haben Wir bereits durch Unser Manifest vom 14. Juli v. J. Unsern allerhöchsten Willen verkündet, vor der Feststellung dieser Verhältnisse das Gutachten achtbarer lauenburgischer Männer zu vernehmen.

Bei der baldthunlichst vorzunehmenden Revision und Ordnung der Verfassung werden Unsere, die wahre Wohlfahrt Unseres Herzogthums Lauenburg bezweckenden Bestrebungen darauf gerichtet sein, die Uns als Landesherrn auferlegten Pflichten mit berechtigten Erwartungen Unserer geliebten Unterthanen möglich in Einklang zu bringen. Das Ziel besonnener Wünsche, wenngleich später erreicht, wird um so dauerhafter hervortreten.

Wir haben die, früher Unsern unmittelbaren Kollegien obliegende Leitung der Verwaltung Unseres Herzogthums Lauenburg einstweilen Unserm geheimen Konferenz-Rath Grafen v. Reventlow-Criminil unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit gegen Uns übertragen und demselben den Befehl ertheilt, ungesäumt diejenigen Veranstaltungen zu treffen, welche zur Wiederherstellung der unmittelbaren Beziehungen des Herzogthums zu Uns, so wie zur Ordnung der Verwaltung und des regelmäßigen Geschäftsganges erforderlich und zweckmäßig sein möchten.

Allen Behörden und Einwohnern Unseres Herzogthums Lauenburg gebieten Wir demnach, den von Unserem geheimen Konferenz-Rath, Grafen v. Reventlow-Criminil, in Unserm Namen ausgehenden Anordnungen unweigerliche Folge zu leisten.

Uebrigens soll dieses Unser allerhöchstes Patent in Unserem Herzogthum Lauenburg, sowohl in den Städten, als auf dem Lande, überall auf die gewöhnliche Weise zu Jedermanns Wissenschaft gebracht werden.

Urkundlich unter Unserm königlichen Handzeichen und vorgedruckten Insiegel.

Gegeben auf Unserm Schlosse Frederiksborg, den 8. Januar 1851.

(L. S.) Frederik R.

Reventlow-Criminil."

Gestern erfährt man, daß eine zweite Proklamation vom ehegestrigen Dato heute publizirt werden soll. Sie ist unterschrieben vom Grafen v. Reventlow-Criminil, und überträgt die bisherige Gewalt der Statthalterschaft, deren sämmtliche Mitglieder entlassen sind, der ihr bisher untergeordneten lauenburgischen Regierung mit Vorbehalt näherer Kompetenz-Bestimmungen. — Die Thätigkeit der Landes-Versammlung und des permanenten Ausschusses wird darin zugleich ausdrücklich aufgehoben. Eine Bestimmung darüber, ob das Grundgesetz aufgehoben worden, und welche Verfassung an die Stelle des Grundgesetzes provisorisch treten solle, fehlt. Es wird also letztere, in Ermangelung eines anderen Rechtsbodens, tolerirt. Die Wiederherstellung der alten Verfassung c. pert. hält man wohl deshalb für unthunlich, weil nach der Proklamation vom 8. d. achtbare Männer nach Kopenhagen berufen werden sollen, um über neue Verfassungs-Zustände ihr Gutachten abzugeben. — Augenblicklich ist eine Proklamation der Statthalterschaft an das lauenburgische Volk im Druck. Sie soll nächstens mitgetheilt werden. (H. C.)

Altona, 19. Jan. Mittelst Extrazuges kam heute Abend das 1. schleswig-holsteinische Infanterie-Bataillon hier an; dasselbe wurde von dem Offizier-Corps der Bürgerwehr empfangen. (H. C.)

Der General v. d. Horst hat bereits einen Abschiedsgruß an die Beurlaubten der Armee erlassen, worin er in herzlichen Worten ihnen Lebewohl sagt.

Privatbriefe aus Kopenhagen melden, daß man dort mit den letzten Ereignissen durchaus nicht zufrieden ist und daß im Volke eine gewisse Gährung besteht, die durch einzelne Häupter der Casino- und Revolutionspartei angefacht wird. Man wollte dort eine gänzliche Vernichtung der Schleswig-Holsteiner und beide Herzogthümer so ohne Weiteres in Besitz nehmen.

Es verbreitet sich so eben hier das Gerücht, daß die Oesterreicher schon in Friedrichsruhe eingetroffen seien. Friedrichsruhe ist ein Flecken im Holsteinschen und liegt an der von hier nach Berlin führenden Eisenbahn. (Reform.)

Kopenhagen, 18. Januar. Gestern ist der kgl. dänische General-Lieut. B. v. Bardenfleth in Begleitung des Major v. Diedrichsen, als Adjutant, über Lübeck mit dem Dampfschiff nach Holstein abgereist. Der General v. Bardenfleth geht als kgl. Militärkommissar nach Holstein, um bei der Ordnung der militärischen Angelegenheiten der Herzogthümer mitzuwirken und, wenn solches geschehen sein wird, das Oberkommando über die holsteinsche Armee, als kommandirender General in Holstein, zu übernehmen. General v. Bardenfleth ist seit mehreren Jahren nicht im Dienste der aktiven Armee gewesen, sondern bekeidet hier den Posten als Chef der Militär-Hochschule und der Landkadetten-Akademie; zuletzt war er Kommandeur (ich glaube

1840) der hiesigen kgl. Garde. Früher ist er viele Jahre als Offizier in Holstein gewesen, machte auch die Schlacht bei Sehestedt im Jahre 1814 mit. Er ist auch früher mehrere Jahre hindurch Gouverneur des jetzigen Königs, als er Kronprinz war, gewesen. — Daß man einen General zur Uebernahme des Oberkommandos in Holstein von hier gesandt habe, der nicht an dem Kriege mit den Herzogthümern Theil genommen hat, ist auf ausdrücklichen Wunsch der Herren Bundeskommissarien geschehen. Die Wahl des Generals v. Bardenfleth kann aber gewiß in jeder Beziehung als eine glückliche bezeichnet werden, denn mit Kenntniß in den Verhältnissen vereint er einen festen und bestimmten, aber dabei sehr humanen und liebenswürdigen Charakter. Auch der Major Diedrichsen — bisher Adjutant des Kriegsministers — ist ein sehr talentvoller Offizier und mit den Verhältnissen in Holstein vertraut; er ist aus dem Herzogthume Lauenburg gebürtig, stand zuerst als Unteroffizier bei den lauenburgschen Jägern und hat durch seine Tüchtigkeit sich seine jetzige hohe Stellung erworben. (Ref.)

Oesterreich.

* **Wien**, 20. Januar. Das Tagesgespräch ist fortwährend der Rücktritt des Ministers Schmerling. Daß er seine Demission einreichte, ist gewiß; daß er sie erhielt, ist wahrscheinlich; aber der Grund dafür ist noch ganz unenthüllt. Nach neuer Version soll die Stylisirung des Urtheils des Ober-Landesgerichts in der Klage der Baronin Perin gegen die Baronin Voglsang die Ursache einer Differenz sein. Im Auftrage des Justizministers stellte der Generalprokurator Dr. Rizzy an das Ober-Landes-Gericht den Antrag, mit Entschiedenheit die Zumuthung zurückzuweisen, daß durch jenes Erkenntniß die der Klägerin von der Beklagten zum Vorwurf gemachten Gesinnungen hätten gebilligt werden sollen. — Daß dieser bereits vergessenen Angelegenheit solche Bedeutung beigemessen wird und das Einschreiten des Ministers, des Generalprokurators und eine förmliche Erklärung des Gerichts und seines Präsidenten veranlaßt, erregt mit Recht Aufsehen und man muthmaßt dahinter den Grund der eingetretenen Differenz. — Bestimmtes wurde noch nicht erfahren, eben so wenig über einen Nachfolger. Graf Taaffe, der genannt wird, dürfte kaum seine jetzige Stellung aufgeben wollen.

Die eingetretene Spannung zwischen dem Repräsentanten Oesterreichs in Nordamerika mit dem Präsidenten und dem Senate macht die Stellung des Gesandten, Hrn. Hülsemann, unhaltbar. Es wäre zu absurd, von einem Waffenkonflikt zu sprechen, aber eine Unterbrechung des diplomatischen Verkehrs dürfte leicht eintreten.

Gestern ist der Herr Graf Ernst Reventlow von Dresden hier angekommen.

Aus Husiatyn (in Galizien) wird vom 10. Januar berichtet: Bei vortrefflichem Schlittenwege und einer Kälte zwischen 9 bis 12 Graden langen noch immer russische Truppen aller Waffengattungen in der nahen Umgebung der neun deutsche Meilen von hier entlegenen Festung Kamienitz podolskei an; die Mannschaft sammt Pferden wird bei dem in dortiger Landschaft sehr wohlhabenden Landmanne untergebracht; eben die allenthalben vorhandene gute Schlittenbahn erleichtert jede Proviant-Zufuhr, und das russische Militär faßt jetzt Mehl- und Fleisch-Rationen; es wird auch wacker in den Waffen geübt. In dem Militär-Rayon zwischen erwähnter Festung, mit Inbegriff der Besatzung, und Chotym und Jampol dürften wohl jetzt über 30,000 Mann beisammen sein. Wir sind hier von Russisch-Hussiatyn blos durch die Brücke über den Fluß Zbrucz geschieden, an welche die russische Haupt-Tomoszna (Mauthamt) sich anlehnt. (Lloyd.)

Frankreich.

× **Paris**, 18. Januar. [Tagesbericht.] Die große, seit mehren Tagen in der National-Versammulung geführte Debatte ist heute mit einer schweren Niederlage für das Ministerium zu Ende gekommen. Das Amendement von St. Beuve — „die National-Versammlung erklärt, kein Vertrauen zu dem Ministerium zu haben, und geht zur Tagesordnung über" —, dieses Amendement, welches den direktesten und formellsten Tadel gegen das Kabinet ausspricht, ist mit 417 gegen 278 Stimmen angenommen worden. Die Linke hat en masse für das Amendement gestimmt, und aus der alten Majorität ist nur die kleine Hälfte — 278 Stimmen — dem Elysee treu geblieben.

Dies das Resultat. Der Gang der Debatte am gestrigen und heutigen Tage ließ dasselbe vorhersehen. Der gestrige Tag verdient als ein wahrhaft solenner in der Geschichte der Parlamente bezeichnet zu werden. Die Herren Baroche und Thiers hielten zwei glänzende Reden, und die des Letzteren namentlich wird einstimmig als eine der herrlichsten Reden anerkannt, die je eine Tribüne verherrlicht haben. Ja, selbst die radikalen Journale wetteifern mit den konservativen an Enthusiasmus und Lobeserhebungen für die Thiersche Rede. Die elyseeischen Journale versuchen zwar dem Strome der Begeisterung Einhalt zu thun, doch müssen auch sie, wenn auch ungern, das immense Talent anerkennen, welches Thiers gestern an den Tag gelegt hat.

Zu Anfang der Sitzung hatte der Minister Baroche gesprochen, und er erklärte am Schlusse seiner Rede auf das Feierlichste, daß die imperialistische Restauration dem Gouvernement eben so zuwider sei, wie die Restauration der bourbonischen Linien. Welches nun auch vom politischen Gesichtspunkte aus der von dieser Rede zurückgelassene Eindruck gewesen sein mag, so erkannte man doch allgemein an, daß der Redner den Kampf auf die energischste und tapferste Weise zu führen versteht. Jedes Mal, wenn eine Unterbrechung den Redner gestört hatte, schien er neue Kräfte für die Fortsetzung des Kampfes zu schöpfen. Herr Baroche hat sich niemals noch so „inspirirt" gezeigt, wie gestern.

Hierauf verlangte der General Changarnier das Wort. Seine nicht ohne tiefe Bitterkeit gesprochene Rede war sehr gewandt gehalten; er sagte, daß von den fünf Parteien, die das Land spalten, Legitimisten, Orleanisten, gemäßigten Republikanern, Rothen und Imperialisten, hätten ihm die beiden letzteren einen Haß geschworen, der auch nach seinem Sturze noch fortdauere. Der General klagte das Elysee der Undankbarkeit an, und erklärte in einer Anrede, man habe zwar sein Schwert zur Ruhe verurtheilt, noch aber sei es nicht gebrochen, und das Land werde es im Nothfalle aufzufinden wissen.

Ein unbeschreiblicher Enthusiasmus folgte diesen Worten. Die Beifallsbezeugungen waren so stürmisch, daß die Sitzung längere Zeit unterbrochen war. Ob diese Ovation vom Lande allgemein gebilligt werden dürfte? Ich glaube kaum; versöhnendere Worte hätten sicherlich keinen solchen Succeß erlangt, aber sie wären eine bessere That gewesen, von dem politischen Standpunkte aus wenigstens, den Changarnier stets eingenommen hat.

Man erwartete mit Ungeduld Herrn Thiers, und er hat sich dieser Erwartung nicht unwürdig gezeigt. Er ging die Geschichte seiner ganzen Politik seit der Februar-Revolution durch; er erklärte, er und seine Freunde hätten, nach ihrer der Exekutiv-Commission und dem General Cavaignac geleisteten Unterstützung, die Stimmzettel mit dem Namen Bonaparte beschrieben, um die gemäßigte Partei nicht zu spalten. In ihren Beziehungen zu dieser neuen Gewalt hätten sie es stets verweigert, in das Kabinet zu treten, und stets verlangt, daß man Namen wähle, die weniger als die ihrigen in den politischen Kämpfen figurirt haben.

Herr Thiers zählte alsdann die Opfer her, die seine Partei der öffentlichen Sicherheit gebracht: Anschluß an die Männer, welche dem Ministerium Barrot-Dufaure gefolgt sind, Bewilligung der Dotation und Schweigen zu den inkonstitutionellen Handlungen des Gouvernements vor und während der Parlaments-Vertagung.

Am glänzendsten zeigte sich der Redner in den Vorwürfen, die er dem Elysee machte. In diesem angreifenden Theile der Rede befand sich der Redner auf dem Höhepunkte alles Dessen, was er je Geistvolles und Einschneidendes auf der Tribüne gesprochen hat.

Hr. Thiers beschloß seine enorme Rede, welche die Aufmerksamkeit der Zuhörer auch nicht einen Augenblick ermüdete, indem er mit jener ihm eigenthümlichen lichtvollen Klarheit auseinandersetzte, daß in diesem zwischen den beiden Staatsgewalten engagirten Kampfe, der Zurückweichende verloren sei. Er glaube zwar an die von dem Gouvernement gegebenen Versicherungen, kein Kaiserreich versuchen zu wollen; allein wenn sich die Versammlung über Bord werfen lasse, so bleibe nur eine Gewalt im Staate, und wenn in diesem Falle das Wort „Kaiserreich" auch auf sich warten läßt, rief er mit oratorischem Schwung, so ist das gleichgültig und: „Das Kaiserreich ist fertig!"

Nach dieser Rede konnte das Resultat der Diskussion nicht mehr zweifelhaft sein. In der heutigen Sitzung kam nun noch der General Cavaignac das Kabinet im Namen der republikanischen Partei anzugreifen. Der Redner versuchte nachzuweisen, daß die Monarchie künftighin in Frankreich unmöglich sei, da die beiden gestürzten Monarchien weniger durch ihre Fehler, als durch die demokratischen Instinkte des Landes gefallen wären. Die Nothwendigkeit des republikanischen Gouvernements ist von dem berühmten General mit in einer zu absoluten Weise dargestellt worden, aber jedenfalls mit Anstand und Talent; er wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört, wie es auch die historischen Erinnerungen, die sich an den ehemaligen Chef der Exekutivgewalt knüpfen, verdienen. Er forderte die Majorität auf, sich nicht hinter die Worte „parlamentarisches Gouvernement" zu flüchten, die ihr jetzt als Fahne dienen, die aber nach den Absichten des Generals mit dem Prinzip der erblichen Monarchie nicht unvereinbar sind. Er erklärte übrigens in loyaler Weise, daß er sich von Achtung und Erkenntlichkeit gegen das Haupt der letzten Monarchie durchdrungen fühle.

Die strengen Worte Cavaignac's, welche den Gegnern des Kabinets die Unterstützung der Linken sicherten, ließen nun alle Zweifel über den Ausgang der Debatte schwinden. Die parlamentarische Armee wuchs von Moment zu Moment, wie das immer bei siegreichen Armeen der Fall ist. Die HH. Thiers und Dufaure bestiegen nochmals die Breche, um das Werk zu Ende zu führen. Solchen Gegnern gegenüber war Hr. Baroche machtlos. Er versuchte es zwar heute nochmals, den Kampf aufzunehmen, zeigte sich aber weniger gewandt als gestern, was wohl in dem Bewußtsein gelegen haben mag, daß seine Anstrengungen vergeblich seien. Die Abstimmung ergab das eben mitgetheilte Resultat.

Was wird nur der Präsident der Republik thun? Nach den Nachrichten, die mir zugehen, ist das Gouvernement entschlossen, sich um die Majorität nicht zu kümmern und mit der ihm getreuen Minorität den Kampf fortzusetzen. Irgend eine Modification des Kabinets soll nur in dem klar ausgesprochenen bonapartistischen Sinne vorgenommen werden, und die HH. Persigny und Carlier werden für die Portefeuilles des Aeußeren und Inneren bezeichnet. Die National-Versammlung aber hat mit dem heutigen Tage den Rubicon überschritten, und kann nicht mehr zurück. Der Kampf zwischen den beiden Staatsgewalten würde alsdann ganz andere größere Verhältnisse als die jetzigen annehmen, und es könnte leicht zur Wahrheit werden, „daß die Zeit nahe daran ist, sich zu erfüllen."

Belgien.

Brüssel, 17. Jan. [Die gestrige Kammersitzung] war eine ungewöhnlich aufgeregte. Die Veranlassung dazu gab eine schriftliche Herausforderung des General Chazal an den Brüsseler Deputirten Thiefry. Unter den verschiedenen über die Motive dieser Herausforderung zirkulirenden Versionen ist Folgendes die verbreitetste. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Kriegsbudget. Am Dienstag nun hatte Hr. Thiefry in seinem Vortrage mit Anspielung auf einige dem vorigen Kriegsminister (Chazal) im verflossenen Jahre aufgestellten Behauptungen in Bezug auf die piemontesische Armee gesagt, „daß ein näheres Eingehen in die amtlichen Dokumente ihn dahin geführt hätte, diese Behauptungen als irrig betrachten zu müssen." Hierauf hatte General Chazal ein herausforderndes Schreiben an Hrn. Thiefry gesandt. In einer geheimen Sitzung, worin dieser Vorfall gestern zur Sprache kam, weigerte sich Hr. Thiefry den Wortlaut dieses Briefes mitzutheilen. Ein Mitglied drang auf gerichtliche Verfolgungen von Seiten des öffentlichen Ministeriums gegen den General dem Duellgesetz gemäß, welches die Herausforderung bestraft. Die Versammlung entschied sich aber dahin, daß beide, Herr Thiefry wie der General Chazal, aufgefordert würden, sich diesen Abend noch in das Kabinet des Kammer-Präsidenten zu begeben, um die Angelegenheit gütlich auszugleichen.

18. Januar. Ein friedliches Arrangement ist denn auch um 2 Uhr Morgens zwischen beiden Parteien durch die Bemühungen des Kammer-Präsidenten zu Stande gekommen. General Chazal hat seine Herausforderung zurückgenommen und in einem Briefe seine Achtung vor den Rechten und Prärogativen der Legislatur ausgesprochen. — In der darauf folgenden Kammer-Sitzung ergriff der Kriegsminister (Brialmont) zuerst das Wort und gab deutlich zu verstehen, daß zwischen ihm und seinen Kollegen (in Bezug auf die Ersparung am Kriegsbudget) Meinungs-Verschiedenheit obwalte. (Auf telegraphischem Wege ist die Nachricht hierher gelangt, daß das Ministerium seine Entlassung eingereicht habe; s. telegr. Korrespondenz).

Schweiz.

Bern, 16. Jan. [Ueber die Vorgänge in St. Immer] (bernischer Jura) giebt uns endlich ein der Regierung nahe stehendes Organ Aufschlüsse, die sichtlich offizielle Quellen zur Grundlage haben. Wenige Tage darauf, nachdem man Kunde von der Bestätigung des Ausweisungs-Beschlusses gegen D. Bassewitz hatte, erfolgte ein Bericht, daß in verschiedenen Werkstätten von St. Immer Vorbereitungen zu bewaffnetem Widerstande gemacht würden, wobei unter anderen namentlich angeführten Personen auch der sogenannte Student Nußbaum gesehen wurde, der von der Regierung ausgewiesen worden war, nun aber, mit einer Erlaubniß der Bundes-Polizeibehörde versehen, sich in dortiger Gegend herumtrieb. Bald darauf kamen Nachrichten von Lachauxdefonds (im Neuenburgischen), daß dort eine ziemliche Bewegung sich kundgebe, und daß das Gerücht von einem bevorstehenden Einfalle in den Kanton Bern zirkulire; ferner, daß schon zu Anfang des Monats daselbst eine Waffen-Austheilung stattgefunden habe zu unbekanntem Zwecke, jedenfalls aber nicht allgemein, sondern nur an gewisse Personen. Am 13. früh endlich erfolgte auch eine Mittheilung von der neuenburgischen Grenze, nach welcher zu Lachauxdefonds Kugeln gegossen wurden und ein, besonders aus Schützen bestehendes, Freikorps sich organisirte, worauf vom Regirungsrathe die Absendung der Munition für die zwei halben Bataillone des Jura beschlossen ward. Diese Nachrichten mögen den Bundesrath zur sofortigen Absendung eines Bundes-Kommissars nach Neuenburg veranlaßt haben, eine Maßregel, die ich Ihnen bereits gestern Abends berichtete. — Unterdessen war am 12. Abends zu St. Immer der Widerstand gegen die öffentliche Gewalt bereits offen und gewaltthätig ausgebrochen. Eine Bande betrunkener Arbeiter, an deren Spitze der berüchtigte Peter Mosimann, hatte mit Beschimpfung des Landjäger-Korporals angefangen; dieser wurde genöthigt, sich zurückzuziehen. An die zufällig durchreisende Musikgesellschaft von Renan sich anschließend, setzte dann der Trupp vor dem Schulhause sein Toben fort, mit dem Ausrufe: „Vivent les rouges, à bas les noirs! vive Basswitz!" Auf einen Gegenruf aus dem Hause stürmten sie dasselbe, brachen mit Gewalt ein und mißhandelten den Schullehrer und seine Familie auf barbarische Weise. Bald nachher stürzten sie sich auf den Alt-Maire Juillard, der, von Courtelary kommend, sich ruhig nach seiner Wohnung begab, und brachten ihm mehrere Kopfwunden bei. Ein Landjäger Wenger, der mit demselben von Courtelary gekommen war, wurde zu Boden geschlagen, mit Pistolen bedroht, sein Gewehr ihm entrissen und sein Säbel zerbrochen. — Auf diese Vorgänge hin nun hat der Regierungsrath auch das 14. Infanterie-Bataillon nebst einer Kompagnie Artillerie und einer halben Kompagnie Kavalerie nach Bern berufen, ein Infanterie-Bataillon nebst einer Kompagnie Scharfschützen und einer halben Kompagnie Kavalerie aufs Piket gestellt und Hrn. Oberst Gerwer als provisorischen Kommandanten sofort nach Courtelary abgeordnet, mit der Ermächtigung, nöthigenfalls das 14. Infanterie-Bataillon nebst einer halben Kompagnie Scharfschützen im Jura aufzubieten. Hier ist zu ergänzen, daß ein Theil der Truppen bereits auf dem Marsche ist und zwar außer einer Abtheilung Infanterie eine Eskadron Dragoner mit Artillerie. Auf der andern Seite fehlt es auch nicht an Uebertreibungen und der Gegenstand des lebhaftesten Stadtgesprächs, daß sich eine Anzahl eifriger Bürger das Wort gegeben, bei allfälligen Revolutions-Versuchen von Seiten der Opposition sich zum Schutze der Regierung in das Zeughaus zu werfen, ist wohl ein auffallender Beweis exaltirter Befürchtungen. Denn auch die Regierung ist weit entfernt, die Führer der Opposition für so unklug zu halten. Das Ereigniß im Jura steht vielmehr als eine vereinzelte Erscheinung da, deren Entstehen dem in immerwährender Bewegung fibrirenden französischen Charakter der Bevölkerung zuzuschreiben ist, verbunden mit dem gegebenen Anstoße. Was die Bundesbehörde anbetrifft, so ist sie eben so entschlossen, die konservative Regierung Berns zu schützen, als sie mit allen Mitteln, welche ihr zu Gebote stehen, die radikale Freiburgs aufrecht erhält. Denn sie hat keine Richtschnur, als die Bundes-Verfassung, welche für Freund und Gegner gleiches Gewicht vorschreibt. Diesem Umstande allein ist es auch zu verdanken, daß im Mai v. J. der Regierungswechsel nicht durch Gewaltmaßregeln verhindert wurde.

Rußland.

Der Kaiser von Rußland hat dem in Brüssel sich aufhaltenden Flüchtlinge Xaver Karsnicki die Rückkehr in die Heimath gestattet.

Der Staatsrath Korostowcow, Direktor der polnischen Bank, hat auf eigenen Wunsch seine Entlassung erhalten. Da dem Vernehmen nach dieses Institut seine Selbstständigkeit verlieren und nur eine Filial-Bank der Petersburger werden soll, so glaubt man, daß der Direktorial-Posten nicht wieder besetzt werden wird. (C. C.)

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 21. Januar. [Constitutionelle Bürger-Ressource.] Die gestrige Versammlung war auffallend spärlich besucht. Der Vorsitzende, Herr Direktor Wissowa, gab eine kurze politische Uebersicht und knüpfte daran den Antrag, die Versammlung möchte in der Zeit geeignete Unterhaltungsstoffe für diejenigen Abende in Anregung bringen, an denen es an politischen Angelegenheiten mangeln sollte. Zu geschichtlichen Vorträgen erkläre er sich gern bereit, und er wünsche nur, daß ihm von Seiten der Gesellschaft die Gegenstände an die Hand gegeben würden, deren Besprechung am meisten verlangt werde.

Aus der Versammlung wurden nun mancherlei Vorschläge gemacht. Herr Friedrich erinnerte an den bevorstehenden Zoll-Kongreß in Wiesbaden und bezeichnete die Frage: „Ob Freihandel oder Schutzzoll?" als einen der sorgfältigsten Erörterung würdigen Gegenstand. — Ein Anderer wies auf die gegenwärtige Neugestaltung unseres Gemeindewesens hin und wollte dieselbe einer näheren Berathung unterzogen wissen. — Auch über die Verfassung der Schwurgerichte wurde Aufschluß gewünscht.

Ueber den letzten Punkt äußerte sich Herr Appellationsgerichts-Rath Greiff in wenigen Worten. Das Geschwornen-Institut habe sein Gutes, weil es die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens zur Folge habe. In der jetzigen Verfassung unserer Schwurgerichte liege jedoch viel Mangelhaftes, namentlich das, was sie mit der französischen Jury gemein haben. In England entscheide eigentlich nur der Lord Oberrichter durch den Mund der Geschwornen. Nach einer durch das Herkommen geheiligten Gewohnheit theile der Lord Oberrichker den Geschwornen seine persönliche Ansicht über fraglichen Rechtsfall mit und selten falle die Entscheidung der Jury im entgegengesetzten Sinne aus. Bei uns dagegen werde die Schuldfrage gänzlich dem Ermessen der Geschwornen anheimgegeben, welche aus Mangel an Rechtskenntniß und Uebung in verwickelten Fällen nicht immer das richtige Urtheil zu fällen im Stande seien. Vielleicht werde das Institut sich auch noch mehr herausbilden, als es bis jetzt geschehen, in seiner gegenwärtigen Verfassung bedürfe es jedenfalls noch namhafter Verbesserungen. Wie nützlich aber das durch die Schwurgerichte herbeigeführte öffentliche und mündliche Verfahren sei, habe sich in der vorletzten Schwurgerichtsperiode, welcher der Redner präsidirte, auf eine eklatante Weise herausgestellt. Ein Ehepaar, der vorsätzlichen Brandstiftung angeklagt, war dem Inquirenten so verdächtig erschienen, daß er die Angeklagten eine Zeitlang in Untersuchungs-Haft zubringen ließ. Durch die Beweisaufnahme vor dem Schwurgerichte, mehr aber noch durch das persönliche Auftreten der Angeklagten und deren Konfrontation mit dem später als meineidig verdächtig gewordenen Belastungszeugen wurde die Unschuld der Eheleute so glänzend dargethan, daß nicht nur die völlige Freisprechung derselben erfolgte, sondern auch unter den Geschwornen eine Sammlung zu Gunsten der Freigesprochenen veranstaltet wurde. — Der Vorsitzende dankte dem Redner im Namen der Gesellschaft für dessen interessante Mittheilungen aus dem reichen Gebiete seiner Erfahrungen.

Der Fragekasten brachte mehrere Anfragen, aus denen wir jedoch nur folgende hervorheben.

Bekanntlich wurde am 31. Januar v. J. die preußische Verfassung vollzogen und am 6. Februar von Sr. Majestät dem Könige beschworen.

Beabsichtigt die constitutionelle Bürger-Ressource das Constitutionsfest zu feiern?

Welcher der genannten beiden Tage dürfte für eine solche Feier am geeignetsten erscheinen?

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß diese Fragen dem Vorstande zur Berathung überwiesen werden. Die Beschlußnahme über die vom Vorstande einzubringenden Anträge bleibt somit der nächsten Sitzung vorbehalten.

† **Breslau**, 21. Jan. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 19. d. Mts. befand sich ein 12 Jahr alter Knabe auf der Eisdecke der Ohle an der Holzhäuselbrücke und vergnügte sich durch Schlittschuhlaufen. Er gerieth dabei auf eine morsche Stelle der Eisdecke, brach ein und ertrank. Ob zwar er bald durch herbeigeeilte Schiffer unter dem Eise hervorgezogen wurde, so blieben doch die angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Am nämlichen Tage des Morgens fand eine Frau, welche ihr Kind bei einer anderen in Nr. 9 in der Mäntlergasse wohnenden Frau über Nacht gelassen hatte, dasselbe, so wie die Frau nebst einem bei derselben mit 6 Mann Landwehr Infanterie einquartirten Unteroffiziere dem Erstickungstode nahe, doch wurden sie durch zweckdienliche Mittel bald wieder zu sich gebracht. **Zu frühes Schließen der Ofenröhre des mit Steinkohlen geheizten Ofens war Ursache, daß bald 9 Menschenleben verloren gegangen wären.**

Angekommen: Wirklicher Staatsrath Fürst Kotschubey aus Petersburg.

△ **Liegnitz**, 20. Jan. [Tagesbericht.] Die Helden der tragischen Vergiftungsgeschichte, welche in der Nacht vom 11. zum 12. d. M. in Schönau spielte, und wovon Ihre Zeitung bereits Mittheilung gemacht hat, waren beide geborene Liegnitzer und zum Theil noch Angehörige der hiesigen Kommune.

Die Frauensperson, eine Tochter des schon vor mehreren Jahren gestorbenen Nachtwächtermeisters Burig hierselbst, hatte sich vor einiger Zeit an einen Musikus verheirathet, führte aber mit demselben eine keinesweges glückliche Ehe und lebte schon seit längerer Zeit von demselben getrennt und in der Scheidung. Während dieser Zeit hat sie ein vertrauliches Verhältniß mit ihrem Leidensgenossen, dem Musketier Schubert, im 1. Bataillon 5. Infant.-Regim., einem Sohne des schon vor vielen Jahren hierselbst mit Tode abgegangenen Uhrmacher Schubert angeknüpft, und ist nun wahrscheinlich durch äußerliche Noth und die Hoffnungslosigkeit, für die Zukunft sich eines nur erträglichen Looses erfreuen zu können, mit dem 2c. Schubert zu dem verzweifelten Entschlusse gelangt, sich durch Gift beiderseits aus dieser Welt zu schaffen. Die Frauensperson starb, wie bereits gemeldet, schon am Morgen des 12. d. M. in Schönau, der 2c. Schubert wurde aber hierher gebracht, gab indeß, noch ehe er die Stadt erreichen konnte, seinen Geist auf. Man brachte ihn als Leiche in das Militärlazareth, von wo aus er nach erfolgter Obduktion, unter zahlreicher Begleitung zur Erde bestattet worden ist. — Die dritte 50jährige Jubelfeier des Bestehens der preußischen Monarchie wurde hierselbst am Abende zuvor durch ein einstündiges Läuten auf allen Thürmen der Stadt eingeleitet. Sonnabends fand in allen hiesigen Gotteshäusern eine kirchliche Feier zum Andenken des Tages statt, an welchem Preußen zum Königreiche erhoben wurde. Abends war großer Zapfenstreich, wozu die Militärkapelle des 5. Infanterie-Regiments, die sich auf einige Zeit in Jauer befindet, eigends dazu hierher beschieden war. — Schon vor längerer Zeit wurde in dem hiesigen Bürgervereine für gesetzliche Freiheit, Ordnung und Wohlfahrt der Beschluß gefaßt, dem derzeitigen Minister-Präsidenten, damaligen Minister des Innern, Herrn v. Manteuffel für seine Verdienste um das Vaterland einen silbernen Lorbeerkranz anfertigen zu lassen, und ihm denselben bei seiner Hierherkunft auf seiner Reise durch Schlesien, welche damals in Aussicht stand, zu überreichen. Da nun aber der Herr Minister die gedachte Reise, eingetretener Hindernisse halber, nicht unternommen hat, so ist auch die Ueberreichung des gedachten Lorbeerkranzes damals unterblieben und bis zu einer schicklichen Zeit vertagt worden. Als einen solchen passenden Moment sah man nun von Seiten des Bürgervereins das betreffende Jubelfest an, und es wurde demnach eine Deputation erwählt und mit dem Auftrage nach Berlin geschickt, Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten am Morgen des Festtages den Kranz als ein Zeichen der Anerkennung und Zuneigung der verzeichneten Geber zu überreichen. Der Kranz ist in Berlin gearbeitet und von solcher Beschaffenheit, daß das Auge gern auf ihm weilt. Die Enden desselben sind durch eine goldene Schleife zusammengehalten, auf welcher der Name Liegnitz eingegraben ist. Er ruht auf einem weißen Atlaskissen, in welchem sich das Liegnitzer Stadtwappen sehr kunstreich gestickt befindet. Das Ganze umschließt ein sauber gearbeitetes Etui.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Peter Minus, der bürgerliche Rechenmeister, hat ein neues Schriftchen so eben erscheinen lassen, ein „vertrauliches Sendschreiben an seinen Vetter Michel, betreffend den Eid auf die Verfassung." Dem bürgerlichen Rechenmeister sind die Befürchtungen der Bauern zu Ohren gekommen, „daß Alles nur Spaß gewesen mit den Wahlen, den Ablösungen und der Grundsteuer; es werde Alles beim Alten bleiben, und die Verfassung sei schon so gut wie abgeschafft." In seiner bekannten Weise, mit Hilfe von Bibelstellen geschickt und witzig gegen die Junker, ihre Zeitung und ihre Schriftsteller, namentlich auch gegen Bülow-Cummerow polemisirend, kommt er zu dem beruhigenden Resultat, daß der Eid, den der König auf die Verfassung geschworen hat, jede Befürchtung grundlos erscheinen lasse.

— Seit einigen Wochen weilt Mistreß Alexander Kerr in unserer Stadt und hat die Aufmerksamkeit der ausgezeichnetsten Kreise auf sich gelenkt. Mrs. Kerr, gleich hervorragend durch künstlerisches Talent, wie durch ihre schriftstellerischen Leistungen, ist auf der Heimkehr von einem Ausfluge begriffen, den sie jüngst nach dem Orient und besonders nach Serbien unternommen, um ein schon früher von ihr vorbereitetes Werk zu vollenden. Ihr gebührt das Verdienst, ihre Landsleute durch eine Uebertragung von Ranke's Werk über Serbien, welche bereits in zweiter Auflage erschienen ist, zuerst mit der interessanten Geschichte dieses Landes vertraut gemacht zu haben. Obgleich noch jung und von zartem Bau, hat die den höhern Ständen Großbritanniens angehörige Dame dennoch ausgedehnte Reisen, u. A. nach China und dem ostindischen Archipel zurückgelegt. (C. B.)

— Ein Strumpfwirker zu Balbrigann in Irland wird bei der großen Gewerbeausstellung in London eine Probe seiner Geschicklichkeit auflegen, welche insbesondere die Damenwelt interessiren mag. Er webt nämlich aus Baumwolle so überaus feine Strümpfe, daß sie von seidenen nicht zu unterscheiden sind, zumal sie auch den schönen Glanz der letzteren haben, so daß der Verfertiger derselben meint, man werde seine Strümpfe wohl bald bei der Gallatracht des Hofes anstatt der seidenen tragen. Das ganze Duzendpaar großer Damenstrümpfe, welches für die Londoner Ausstellung bestimmt ist, wiegt nur — neun Unzen.

— Auf den holländischen Besitzungen in Java langte ein junger Offizier aus dem Mutterlande an und eilte, sich bei dem Gouverneur zu melden. Vor dem Salon lag ein schwarz zusammengerollter Knäuel, den er für geeignet hielt, um daran die Stiefel vom Staube zu reinigen. Er streifte also mit dem Fuße über die dunkle Maschine hin, als, o Schrecken! dem ruhenden Knäuel ein lautes Zischen entfuhr und sich eine furchtbare Boa constrictor vor dem Entsetzten bäumte. Den Anstand vergessend, war er mit einem Sprunge im Saale. Doch hier erst sträubten sich seine Haare bei der Gewißheit des sicheren Todes, denn ein großer Tiger sprang ihm knurrend entgegen. Nur mit einem eleganten Degen bewaffnet, griff er eilend nach dieser einzigen Vertheidigung, aber in der Verzweiflung sicheren Mißlingens. In diesem Augenblicke klopfte ihm der Gouverneur besänftigend auf die Schulter. „Stecken Sie ruhig ein, bis Sie einen würdigeren Feind vor sich haben, mein junger Freund! Diese Katze werden Sie vertraulich neben sich essen sehen, wenn Sie mir das Vergnügen zum Diner machen; es hat unseren alten Hausfreund nur aus der Fassung gebracht, Sie vor seiner langjährigen Bekannten, der guten Boa, so fliehen zu sehen. Diese thut keinem Menschen etwas und lebt vertraulich mit uns zusammen, was uns auch mit diesem Tiger gelungen, der nie Blut gekostet und seit seinen ersten Lebenstagen der Kinder Spielkamerad ist. Sie werden hier noch manche europäische Furcht verbannen müssen."

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau**, 21. Januar. [Der Gewerberath] wurde gestern wieder einmal nicht beschlußfähig. Herr Laßwitz wiederholte daher den in ähnlichen Fällen oft gestellten Antrag, die Versammlung oder deren Präsident möge die Namen der ohne genügende Entschuldigung fehlenden Mitglieder durch die Zeitungen veröffentlichen. — Die Beschlußnahme über diesen Antrag mußte jedoch, da die Versammlung nicht beschlußfähig war, — bis zur nächsten Plenarsitzung verschoben werden.

Inserate.

Haupt-Uebersicht
der Geschäfte der Schiedsmänner in der Stadt Breslau für das Jahr 1850.

	Zahl der anhängig gewesenen Sachen	Zahl der verglichenen Sachen
1) Kaufmann Samosch, Antonien-Bezirk	17	17
2) Hofglasermeister G. Strack, Albrechts-	11	10
3) Kaufmann Seidel, Accise-	5	3
4) Pfefferküchler Berger, Bernhardin-	6	4
5) Maschinenfabrikant E. Hoffmann, Barmh.-Brüder-	—	—
6) Kaufmann Lübeck, Bischofs-	13	12
7) " Sonnenberg, Barbara-	19	19
8) " Herrm. Stefke, Börsen-	7	7
9) " J. Schlesinger, Blaue-Hirsch-	14	13
10) Schornsteinfegermeister Seidelmann, Burgfeld-	39	35
11) Lehrer C. F. G. Marks, Katharinen-	20	19
12) Kaufmann A. Agath, Christophori-	12	11
13) " M. A. Fuchs, Drei-Linden- I. und II.	45	35
14) Reinhold Graf Matuschka, Dom-	6	5
15) Kaufmann E. G. Schiller, Dorotheen-	5	5
16) " Ritter, Drei-Berge-	10	10
17) Partikulier Kärger, Elftausend-Jungfrauen-	89	44
18) Kaufmann G. Redlich, Elisabet-	5	5
19) " Steulmann, Franziskaner-	10	5
20) Tischlermeister Grund, Grüne-Baum-	15	10
21) Kaufmann M. Schäfer, Goldene-Rade-	10	10
22) Cafetier Gebauer und Partik. Hähne, Hinterdom-	13	13
23) Kaufmann Peretz, Hummerei-	5	3
24) " C. Büttner, Jesuiten-	38	22
25) Mechanikus Nösselt, Johannes-	20	20
26) Kaufmann Ed. Groß, Klaren-	6	6
27) " Reinhardt, Mauritius-	23	23
28) Aktuarius Hebeisen, Matthias-	8	8
29) Kaufmann J. Jadasson, Magdalenen-	9	9
30) " Linkenheil, Mühlen- und Bürgerwerder-	8	8
31) Partikulier C. Linke, Neuscheitnig-	26	26
32) " Beck, Nikolai- I.	30	30
33) Kaufmann Haase, Nikolai- II.	12	12
34) " G. Müller, Neue-Welt-	7	7
35) Goldarbeiter Rudolph, Oder-	54	42
36) Kaufmann B. Frank, Post-	2	2
37) " Strempel, Rathhaus-	15	15
38) " Joh. Müller, Regierungs-	40	35
39) " Scholz, Rosen- I.	33	25
40) " Zobel, Rosen- II.	29	17
41) " C. G. Müller, Siebenrade-Mühlen-	18	18
42) Stadtrath Gerlach, Sieben-Kurfürsten-	3	3
43) Kaufmann Blaschke, Sand-	13	13
44) " Jos. Hoffmann, Schlachthof-	7	7
45) Kgl. Kreisrichter Conrad, Schweidnitzer-Anger-	12	12
46) Kaufleute Bessalie und Wollheim, Schloß-	8	8
47) Kaufmann C. F. Büttner, Theater-	7	7
48) " M. Tandler, Ursuliner-	13	13
49) Kommissionär G. Henne, Vincenz-	10	9
50) Uhrmacher C. Thiel, Vier-Löwen-	9	9
51) Kaufmann J. Neugebauer, Zwinger-	12	4
Summa	848	705

Breslau, den 14. Januar 1851.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Oeffentliche Vorlesungen im Café restaurant.
Heute, Mittwoch 22. Jan. Abends 7½ Uhr: Dr. Stein: Die Julirevolution und ihr Einfluß auf Deutschland.

Um mehrfach geäußerten Wünschen nachzukommen, können von jetzt an auch Billete zu jeder einzelnen Vorlesung à 5 Sgr. beim Eintritt in den Saal gelöst werden.
Friedmann. Nees v. Esenbeck. Stein.

Die **General-Versammlung für die vereinigten fünf Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten** Behufs der Rechnungslegung für das verflossene Jahr, und des Berichts über die Wirksamkeit findet **Donnerstag den 23. d. M.**, in dem Lokale der vaterländischen Gesellschaft im Börsengebäude, **Nachmittags 4 Uhr,** statt, wozu die geehrten Mitglieder und Gönner ergebenst eingeladen werden.
Breslau, den 20. Januar 1851. **Der Vorstand.**

Zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner sind noch eingegangen: durch C. G. Ossig aus den Häusern Malergasse Nr. 28 8 Sgr. 9 Pf., Oberstraße Nr. 36 10 Sgr. 6 Pf., Nikolaistraße Nr. 7 5 Sgr 9 Pf. und von Linkenheil 5 Sgr., von Herrmann Barth 13 Rtl. 21 Sgr. 9 Pf. (als zurückerstattete Insertionsgebühren), durch A. Dortschi und Göbel in Festenberg 23 Sgr. 6 Pf., das Unterstützungskomitee in Steinau 7 Rtl., durch B. J. Grund aus den Häusern Albrechtsstraße Nr. 47 12 Sgr. 6 Pf. und Kl. Feldgasse Nr. 8 1 Rtl., aus der Büchse bei Grund 2 Rtl. 6 Sgr. 8 Pf., von C. G. Hertzog in Kreuzburg 1 Rtl. 15 Sgr., v. Vinke auf Olbendorf 10 Rtl., vom Kaufmann und Stadtkämmerer Kern in Strehlen 1 Pack Charpie und 39 Rtl.

Zusammen	76 Rtl.	19 Sgr.	5 Pf.
Bereits angezeigt	5591 Rtl.	6 Sgr.	2 Pf.
Summa	5667 Rtl.	25 Sgr.	7 Pf.

Aus N. Pr. L. 1 Pack Wäsche unter dem Motto:
Sie kämpfen für gerechte Sache,
Auf! Du mein Volk erwache;
Sie sind als Rächer Dir gesandt!
Das Unterstützungs-Komitee.

Theater-Repertoire.
Mittwoch den 22. Januar. 21ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Auf vielfaches Verlangen, zum 3ten Male: **Festgedicht zur Feier des dritten fünfzigjährigen Jubiläums der Königs-Würde Preußens,** von Max Kurnik, mit Musik und lebenden Bildern. — Personen: Borussia, Frln. Höfer. Germania, Frln. Schwelle. — 1) Ouverture aus „Titus" von Mozart. 2) Lebendes Bild: „Die Krönung am 18. Januar 1701." 3) Marsch aus „Ein Feldlager in Schlesien" von Meyerbeer. 4) Lebendes Bild: „Friedrich der Große vor der Schlacht bei Lowositz." 5) Sieges-Marsch aus „Catarina Cornaro" von Lachner. 6) Lebendes Bild (aus den Freiheits-Kriegen): „Die Eroberung eines französischen Adlers." 7) Triumphmarsch aus „Oberon". 8) Lebendes Bild: „Die acht preußischen Provinzen." (Allegorie.) 9) Die National-Hymne. (Die lebenden Bilder sind von Herrn Regisseur Görner arrangirt.) — Hierzu, zum 9ten Male: **„Der Waffenschmied."** Komische Oper mit Tanz in drei Akten, Musik von Albert Lortzing.

Entbindungs-Anzeige.
Heute wurde meine liebe Frau Julie, geb. Längner, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Choroszez, Gouvernement Wilna, am (29. Dez. 1850) 10. Januar 1851.
Hans Wandel, Kaufmann.

Entbindungs-Anzeige.
Die heut früh um 3 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau Johanna, gebornen Dyhrenfurth, von einem Mädchen, beehre ich mich Verwandten und Freunden, statt jeder besondern Meldung, anzuzeigen.
Breslau, den 21. Januar 1851.
Moritz Landsberger.

Todes-Anzeige.
Heute früh 6 Uhr ging unsere innig geliebte Tochter, Gattin und Mutter, Handel Brahn, plötzlich von einem Nervenschlage getroffen, ins bessere Jenseits hinüber. Dies zeigen Freunden und Bekannten an:
die Hinterbliebenen.
Koschentin, am 17. Januar 1851.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)
Heut hat der Herr über Leben und Tod unsern jüngsten Sohn Max, 1¼ Jahr alt, zu sich gerufen. Das Kind starb an Zahnkrämpfen.
Endersdorf bei Reichenbach in Schlesien, den 20. Januar 1851.
Karl Braulik.

Todes-Anzeige.
Heute Morgen gegen 7 Uhr starb Johann Schubert, ehemaliger Pfarrer von Dittersdorf, Neustädter Archipresbyterats, Jubilar und Ritter des rothen Adlerordens 4ter Klasse, im 82sten Lebensjahre an Altersschwäche. Freunden und Bekannten des Dahingeschiedenen widmet diese Anzeige:
Poppe, Erzpriester.
Neustadt O/S., den 20. Januar 1851.

Todes-Anzeige.
Heute Nachmittag in der 3ten Stunde verschied, sanft entschlummernd, unser innigst geliebter und unvergeßlicher Gatte, Vater, Bruder und Schwager Karl Wittwer, Gastwirth allhier. Indem wir diese traurige Nachricht allen unsern Freunden und Bekannten hiermit mittheilen, bitten wir um stille Theilnahme.
Bolkenhayn, den 19. Januar 1851.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Heute entschlief unser am 4. November v. J. gebornes Töchterchen Johanna an katharralischen Leiden.
Schweidnitz, den 19. Januar 1851.
W. Kirstein und Frau.

Todes-Anzeige.
Das am 19. früh 3½ Uhr an einem Lungenschlage erfolgte Dahinscheiden unseres theueren Vaters, des Pastors Pfennig zu Gimmel bei Winzig, zeigen, um stille Theilnahme bittend, wir hiermit an.
Breslau und Gimmel, den 20. Jan. 1851.
Karl Plagwitz, Dr. med.
Theodor Plagwitz, Oekonom } als Söhne.

Junkernstraße 36 ist der zweite Stock zu vermiethen und Ostern zu beziehen. Näheres Ring 16 im Comptoir.

Todes-Anzeige.
Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse wurde am 20. d. Nachmittags 5 Uhr unser geliebter Gatte und Vater, der hiesige Bürger und Steinmetzmeister Johann Christoph Bungenstab, in seinem 50. Jahre fern von den Seinen, zu Berlin, an einem Schlagflusse dahingerafft. Indem wir diese traurige Nachricht allen Verwandten, Freunden und Bekannten mittheilen, bitten wir um stille Theilnahme. — Die Beerdigung findet den 24. d. Nachm. 3 Uhr hier auf dem reformirten Kirchhofe statt.
Breslau, den 21. Januar 1851.
Die Hinterbliebenen.

Nachruf an Fräul. Elisabeth Berndt.
Dein Geist ist heimgegangen
Aus diesem Prüfungsstand.
Wir aber voll Verlangen
Seh'n auf zum Vaterland,
Wo uns'res Gottes Macht
Uns giebt die wahre Freude
Nach dieser Erden-Nacht.

Oeffentlicher Dank.
Allen Denen, welche am 18. d. M. bei dem Begräbnisse meiner geliebten Tochter Marie Sambale, geb. Hoffmann, auf dem Kirchhofe St. Laurentius durch so zahlreiche Begleitung ihre innige Theilnahme kundgegeben haben, namentlich auch den Herren Lehrern, welche durch einen erhebenden Gesang am Grabe uns Leidtragende zu trösten suchten, sage ich hiermit öffentlich meinen gefühltesten Dank, und füge den Wunsch hinzu, daß sie Gott Alle vor so schmerzlichen Verlusten behüten möge.
Breslau, den 21. Januar 1851.
Hoffmann, Cafetier.

Historische Section.
Donnerstag, den 23. Januar, Abends 6 Uhr. Der Secret. d. Sect. Prof. Dr. Röpell: John Milton's Schrift über die Pressfreiheit (1645).

Nothwendiger Verkauf.
Das den Gastwirth Johann Gottlieb Leuschnerschen Erben gehörige Freihaus Nr. 19 nebst Gasthof zu Nieder-Salzbrunn, Waldenburger Kreises, abgeschätzt auf 7201 Rtl. 1 Sgr., zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll **am 30. Mai 1851,** Vormittags 11 Uhr, im Gerichtszimmer Nr. 1 subhastirt werden.
Fürstenstein, d. 8. November 1850.
Königliche Kreis-Gerichts-Kommission.

Offener Polizei-Inspektor-Posten.
Der Posten eines Polizei-Inspektors bei hiesiger Stadt ist erledigt und soll baldigst wieder besetzt werden. Qualificirte Individuen, welche auf diese Stellung reflektiren, werden aufgefordert, sich bis zum 5. Februar d. J. zu melden. Die wirkliche Anstellung ist von dem Resultat eines abzuleistenden sechsmonatlichen Probedienstes abhängig. Das mit diesem Amte verbundene Einkommen beträgt 400 Rthl.
Liegnitz, den 15. Januar 1851.
Der Magistrat.

Wiederholte öffentl. Bekanntmachung.
Es hat sich am 21. September v. J. ein brauner Hühnerhund mit weißer Brust und kleiner Bläſſe zu mir gefunden, ich habe es bekannt machen lassen, daß der rechtmäßige Eigenthümer selbigen gegen Erstattung der Futterkosten und Insertionsgebühren zurück erhalten kann. Es hat sich aber bis heute noch Niemand gemeldet, und wenn dieses nicht bis spätestens zum 1. Februar d. J. geschieht, so werde ich den Hund für die Futterkosten als mein Eigenthum betrachten.
Hartmannsdorf bei Landeshut, 15. Jan. 1851.
Metschke, Müllermeister.

Pferde-Auktion.
In Folge höherer Ordre sollen circa 180 Pferde öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung verkauft werden, wozu am 25., 27. und den folgenden Tagen d. M., jedes Mal Vormittags 8½ Uhr, am „Polnischen Bischof", Ende der Rosenthalerstraße zu Breslau Auktions-Termine hierdurch anberaumt werden. Halftern 2c. können nicht abgegeben werden.
Breslau, den 20. Januar 1851.
Das königliche Kommando der Trains.

Auktion. Am 23. d. M., Vorm. 9 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestraße Möbel, wobei 2 lange Tische, 1 sechsoktaviger Flügel, einige Kleidungsstücke und Hausgeräthe versteigert werden.
Mannig, Auktions-Komm.

Ein **Haushälter** mit guten Attesten versehen, findet sofort ein Unterkommen bei
Samuel Pinoff, Goldneradegasse Nr. 7.

Aufruf.
Da bei der am 8. 9. 23. 24. 30. und 31. Oktober und 6. November d. J. abgehaltenen 100sten Auktion der im hiesigen Stadt-Leih-Amte verfallenen Pfänder und zwar beifolgenden Pfandnummern:

A. Aus dem Jahre 1846:
30429. 30430. 30431. 35886. 36183. 37819. 38369. 39900. 40017. 43361. 43754.

B. Aus dem Jahre 1847:
45965. 46589. 46841. 47312. 51589. 52373. 52751. 53324. 53579. 56031. 57199. 57215. 57550. 59541. 60592. 61543. 61725. 61893. 62136. 62695. 63032. 63422. 64146. 64301. 64755. 67387. 68620. 69806. 69854. 70160. 71091. 71118. 71543. 72146. 72334. 73785. 65507. 65865. 65913. 65954. 66083. 66466. 66486. 66825.

C. Aus dem Jahre 1848:
245. 774. 1573. 1715. 1808. 1876. 2812. 2999. 3592. 4087. 5202. 5313. 5467. 6094. 6239. 6400. 7083. 7652. 8006. 8897. 8917. 9618. 9883. 11206. 11322. 11438. 12051. 12269. 13324. 13800. 14135. 15403. 15882. 17172. 17558. 17177. 18664. 19948. 20226. 20309. 20993. 22492. 22910. 23202. 23272. 24362. 24826. 24984. 24990. 25281. 26102.

D. Aus dem Jahre 1849:
26728. 26797. 27181. 27987. 28097. 28162. 28177. 28181. 28410. 28818. 29230. 29401. 30435. 30791. 30845. 31126. 31234. 31486. 32358. 32406. 32410. 32413. 32483. 32503. 32565. 32666. 32809. 32827. 32880. 32957. 33239. 33249. 33280. 33386. 33389. 33390. 33488. 33503. 33506. 33518. 33575. 33594. 33632. 33758. 33794. 33960. 33999. 34029. 34150. 34160. 34252. 34388. 34451. 34465. 34473. 34593. 34673. 34728. 34735. 34950. 35031. 35153. 35168. 35250. 35273. 35282. 35329. 35337. 35338. 35377. 35433. 35634. 35851. 35866. 35975. 35870. 36139. 36145. 36161. 36162. 36163. 36225. 36361. 36421. 36497. 36546. 36903. 37010. 37032. 37042. 37118. 37133. 37322. 37408. 37425. 37460. 37497. 37552. 37665. 37760. 37883. 37953. 38098. 38118. 38142. 38274. 38509. 38512. 38522. 38554. 38563. 38603. 38696. 38794. 38795. 38801. 38815. 39012. 39070. 39113. 39159. 39354. 39355. 39427. 39496. 39519. 39525. 39578. 39776. 39800. 39828. 39862. 39865. 39882. 39996. 40083. 40153. 40288. 40451. 40510. 40710. 40733. 40829. 40835. 40849. 40947. 40972. 41036. 41062. 41086. 41121. 41148. 41181. 41192. 41198. 41211. 41345. 41412. 41413. 41484. 41570. 41596. 41693. 41735. 41851. 41972. 42050. 42051. 42067. 42111. 42156. 42190. 42217. 42218. 42228. 42268. 42290. 42295. 41619. 42321. 42333. 42459. 42500. 42512. 42633. 42635. 42690. 42798. 42805. 42855. 42933. 43010. 43029. 43038. 43086. 43103. 43116. 43123. 43189. 43193. 43211. 43303. 43363. 43368. 43574. 43592. 43650. 43668. 43683. 43714. 43767. 43787. 43828.

ein Ueberschuß sich ergeben hat, so werden die betheiligten Pfandgeber hiermit aufgefordert, sich bei unserem Stadt-Leihamte von jetzt ab bis spätestens den 30sten Dezember 1851 zu melund den nach Berichtigung des Darlehns und der davon bis zum Verkaufe des Pfandes aufgelaufenen Zinsen, so wie des Beitrages zu den Auktionskosten verbliebenen Ueberschuß gegen Quittung und Rückgabe des Pfandscheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls die betreffenden Pfandscheine mit den daraus begründeten Rechten der Pfandgeber als erloschen angesehen, und die verbliebenen Ueberschüsse der städt. Armenkasse zum Vortheile der hiesigen Armen werden überwiesen werden.
Breslau, den 14. Dezember 1850.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Am 1. Februar 1851
finden die Ziehungen des herzogl. nassauischen und des großherzogl. badischen 50 fl. Loos-Anlehens statt. Gewinne: 55,000 fl.; 35,000 fl.; 20,000 fl.; 10,000 fl.; 5000 fl.; 4000 fl.; 3000 fl.; 2000 fl.; 2 à 1500 fl.; 5 à 1000 fl. 2c. Eine Aktie für beide Ziehungen kostet 4 preuß. Thaler; 6 Aktien nur 20 preuß. Thaler. — Aktien für die eine oder die andere Ziehung allein kosten die Hälfte. Die Beträge können in Baar oder Kassenscheinen eingesandt werden. Plane gratis. Jeder Interessent erhält nach der Ziehung die Liste gratis.
Moritz Stiebel Söhne, Bankiers, in Frankfurt am Main.

Ein Eckgewölbe nebst Schreibstube ist Oberstraße 16 zu vermiethen. Näheres Klosterstraße 88 par terre rechts.

Rheumatismus, Gicht. **Englische Patent-Leinwand** gegen jede Art **Gicht** und **Rheumatismus,** namentlich: Gliederreißen, Kopfweh, Zahn- und Gesichtsschmerzen, Seitenstechen, Ohrenbrausen, Augenfluß, Brust-, Rücken- und Kreuzschmerzen (Herenschuß), Fußgicht, Rothlauf, Krampf, geschwollene Glieder u. s. w. — Ueber die außerordentliche Wirksamkeit dieser Leinwand sprechen beglaubigte Zeugnisse. — Dieselbe unterscheidet sich von allen Ketten, Ringen, Bogen, Ableitern und wie diese Maschinen sonst noch heißen mögen, höchst vortheilhaft dadurch: **daß sie wirklich hilft!** — Das Paket kostet 1 Thlr. preuß. franco, und ist einzig und allein zu beziehen von **Dr. Ferd. Jansen,** Buchhändler in Weimar.

Die auf 69 Rthlr. veranschlagten **Reparaturbauten** bei der Oberförsterei Nimkau und Försterei Regnitz werden den 3. Februar d. J., Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, im Oberförster-Wohnhause zu Nimkau, durch Licitation an den Mindestfordernden verdungen, zu welchem Termine qualifizirte Gewerbsmeister behufs Abgabe von Geboten eingeladen werden.
Trebnitz, den 20. Januar 1851.
Spalding, k. Bau-Inspektor.

Immer vergnügt!
Bischoff's Restauration, Ring 48,
empfiehlt zum Verkauf in halben und ganzen Tonnen: Erlanger, Hirschberger und Trebnitzer Baierisch-Lagerbier, so wie Berliner Weißbier und echtes Hohndorfer Doppelbier.

Das Kolosseum
zum russischen Kaiser zu Breslau soll vom 1. April d. J. ab, auf laufende 3 Jahre anderweitig verpachtet werden. Versiegelte Offerten werden bis den 15. Februar d. J. durch den Kaufmann Herrn J. D. Schmidt im russischen Kaiser franco entgegen genommen, woselbst bis dahin auch die nähern Pachtbedingungen einzusehen sind.

Apotheken-Verkauf.
In der Kreisstadt Wreschen — Provinz und Regierungs-Bezirk Posen — ist wegen Ableben des Besitzers die daselbst belegene Apotheke sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen der Kreisrichter Hellhoff in Pleschen.

Gasthaus-Verkauf.
In einer lebhaften Mittelstadt Sachsens, an der sächsisch-böhmischen Eisenbahn und unweit Dresden's, ist ein renommirtes, unmittelbar an der Elbe und dem Landungsplatze der Dampfschiffe, so wie dem Bahnhofe gelegenes Gasthaus ersten Ranges mit daran befindlichem Garten, Familienverhältnisse halber aus freier Hand zu verkaufen. Zur Anzahlung würden 4000 bis 5000 Rtl. allenfalls genügen.
Nähere Auskunft wird Herr Gustav Döpmann in Dresden auf portofreie Anfragen zu ertheilen die Güte haben.

Eine Gouvernante,
die der französischen und deutschen Sprache vollkommen mächtig ist, so wie in Musik und den Wissenschaften Unterricht ertheilen kann, wünscht zu Ostern ein passendes Engagement. Näheres hierüber Gartenstraße Nr. 23, 3te Etage links.

Eine eichene ausgearbeitete Mühlwelle, 25 Fuß lang und 20 Zoll Durchmesser, liegt zum Verkauf für den festen Preis von 18 Rtl. Mathiasstraße 5.

Offerte.
Die schönste Auswahl abgelagerter Flaschenweine, so wie echten Cognac, Franzbranntwein, Arac de Goa und Rum's empfiehlt:
Schultz, Altbüßerstraße 6.

Tauf- und Konfirmations-
Denkmünzen in Gold- und Silber,
Cottillon-Orden
und **Cotillon-Kleinigkeiten,**
auch **Gummischuhe u. Gesundheitssohlen**
empfehlen **Hübner u. Sohn,** Ring 35,
1 Treppe, dicht an der grünen Röhre.

Mastvieh-Verkauf.
150 Stück Mastschafe, ungeschoren und mit Körnern gut ausgemästet, stehen zu zeitgemäß billigen Preisen sofort zum Verkauf in Karlsmarkt bei Brieg.

Vorzügliche **oberschlesische Stückkohlen** von höherem Preise empfiehlt, die richtige Tonne, zu 3 Ctnr. 30 Pfd. à 25 Sgr. 6 Pf. als Mann vom Fache in Breslau, Ablage am Schießwerder Nr. 5 (Odervorstadt).
W. Kreyher, königl. Hütten-Inspkt. a. D.

Grassamen-Verkauf.
Das Dom. Puschwitz bei Canth offerirt Samen von engl. Raigrase 1850er Ernte.

Zwei Wohnungen
von mittler Größe sind im ersten Hause rechts Kleinburger Chaussee Nr. 2 zu vermiethen. Das Nähere 3 Treppen rechts.

Der bekannte Finder des am Sonntag bei Weberbauer verlorenen Siegelringes mit den Buchst. R. K. wird ersucht, denselben beim Goldarbeiter Hrn. Anders, Schmiedebrücke im Rothkegel abzugeben.

Termin Ostern zu vermiethen ist eine freundliche Wohnung an der Promenade, bestehend aus 4 Zimmern, einem Kabinet, Küche, Entree, Keller- und Bodengelaß, bei Mitgenuß eines Gartens am Hause. Das Nähere Heilige-Geist-Straße Nr. 18.

Altbüßerstraße Nr. 14, nahe der Albrechtsstr. zu vermiethen eine Handlungslokalität, bestehend aus Komtoir, Keller und 3 Remisen.

Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,**
Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.
Kaufm. Guntrum aus Hamburg. Gutsbes. Graf v. Götzen aus Scharfeneck. Oberstlieut. v. Wichgraf aus Neisse. Kaufm. Hagen aus Berlin. Amtm. Heym aus Lieberose.

Markt-Preise.
Breslau am 21. Januar 1851

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	47	Sgr.
Gelber dito	53	51½	50	47	"
Roggen	41	40	39	38	"
Gerste	28	27	26	25	"
Hafer	25	24	23	22	"
Rothe Kleesaat	11½	11	10	8—9	Rtl
Weiße Kleesaat	—	10	9—8	6—7	Rtl.
Spiritus	7½ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.
Rüböl 11⅙ Rtl. Br. Zink 1000 Ctnr. ab Gleiwitz à 4 Rtl. 9½ Sgr. begeben.

20. u. 21. Janr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"10,26"'	27"9,65"'	27"9,17"'
Thermometer	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,0
Windrichtung	O	W	NW
Luftkreis	bedeckt	wolkig	heiter

Bei **Karl Schmeidler** in **Breslau** ist so eben erschienen und durch alle königlichen Postämter und Buchhandlungen zu beziehen:
Schlesische Zeitschrift für evangelische Kirchengemeinschaft, herausgegeben vom Prof. Dr. **Räbiger** in Verbindung mit Senior **Schmeidler** und den Pastoren **Gerhard** und **Handel.** Dritter Jahrgang 1851. Nr. 1—3. Preis des Halbjahrs 20 Sgr.

Bücher-Anzeige.
In der **Schletter**'schen Buchhandlung (H. Boas) Albrechtsstraße 5, sind antiquarisch vorräthig: **Prachtstahlstichwerke in schönen Einbänden:** Bartlett, die Donau, anstatt 15⅓ Rtl. f. 9 Rtl. Bartlett, der Bosphorus und Konstantinopel, f. 7½ Rtl. Brattin, Schottland, 2 Bde., f. 14 Rtl. Cockburn, Swiss scenery, f. 4½ Rtl. Tombleson, la Tamise, f. 3 Rtl. Heath Paris and its environs, f. 5 Rtl. Heath, beauty's costume, f. 3⅔ Rtl. Finden's view's of the ports, harbours and watering places of Great Britain, f. 7 Rtl. Les églises de Paris, 1843, f. 3⅓ Rtl. Vernet, voyage en Orient avec 16 grav. color., f. 4 Rtl. Göthe, 40 Bde., f. 19 Rtl. Herder, 60 Bde., f. 11 Rtl. Byron, 2⅓ Rtl. Johannes v. Müller, 40 Bde., f. 8 Rtl. Auffenberg's Werke, 21 Bde., anst. 12 Rtl. f. 6 Rtl. Tarnow's Schriften, 15 Bde., anst. 16 Rtl. f. 3 Rtl. Hauff's Werke, 18 Bde., f. 1⅚ Rtl. Castelli's Werke, 16 Bde., f. 3 Rtl. Fr. Lohmann's Erzählungen, 18 Bde, anst. 13⅓ Rtl. f. 3⅓ Rtl. Gaudy's Werke, 24 Bde., anst. 8 Rtl. f. 3½ Rtl. Bulwer's Werke, 110 Bde., anst. 13¾ Rtl. f. 8 Rtl. Cooper's Werke, 240 Bde., anst. 29¼ Rtl. f. 15 Rtl. Walter Scott's Werke, 10 Bde. 8., anst. 10 Rtl. f. 4 Rtl. George Sand's Werke, 87 Bde., anst. 11⅙ Rtl. f. 5⅓ Rtl. Buttler's Leben der Väter und Märtyrer, herausg. von Räst und Weiß, 23 Bde., anst. 30⅔ Rtl. f. 16 Rtl. Pallavicino, Gesch. des Tridentinischen Konziliums, übers. von Klitsche, 8 Bde., anst. 7 Rtl. f. 3½ Rtl. Nickel, die heiligen Zeiten und Feste, 4 Bde., f. 3½ Rtl. Riegler, christl. Moral, 4 Bde., f. 3 Rtl. Dinkel's Predigten, 4 Bde., 1843, f. 2⅓ Rtl. Kirch's Sonntagspredigten, 2 Bde. 1841, f. 2 Rtl. Nickel, der Gesandte Gottes, Predigten, 2 Bde. 1844, f. 1½ Rtl. Sattler, Christenlehrpredigten, 4 Bde. 1847, f. 2 Rtl. Gesetz-Sammlung, 1810—49, Hlbfrzb., f. 18 Rtl. Kamptz Annalen, 1817—39, kompl., f. 25 Rtl. Korn'sche Edikten-Sammlung, 1740—88 22 Hlbfrzbde., f. 15 Rtl. Ministerial-Blatt für die innere Verwaltung, 1840—49, Hlbfrzb., anst. 20 Rtl. f. 12 Rtl.

Bekanntmachung.
Die von dem königlichen Kredit-Institute für Schlesien unterm 4. Januar 1847 auf das im Kreuzburger Kreise gelegene Gut Schmardt V. Antheils ausgefertigten vierprozentigen Pfandbriefe Littr. B. sind von dem Besitzer des verpfändeten Gutes aufgekündigt worden und es sollen die Apoints:

Nr. 40,142	bis incl.	Nr. 40,144	à	1000 Rtl.,
" 43,275	"	" 43,279	à	500 Rtl.,
" 49,474	"	" 49,480	à	200 Rtl.,
" 61,667	"	" 61,675	à	100 Rtl.,
" 79,126	"	" 79,128	à	50 Rtl.,
" 82,129	"	" 82,130	à	25 Rtl.,

gegen andere dergleichen Pfandbriefe gleichen Betrages eingetauscht werden.
In Gemäßheit der §§ 50 und 51 der Verordnung vom 8. Juni 1835 (G. S. Nr. 1619) werden daher die gegenwärtigen Inhaber vorbezeichneter Pfandbriefe hierdurch aufgefordert, dieselben mit dem Zinsanspruche vom 1. Januar d. J. ab in unserem Geschäfts-Lokale, Albrechtsstraße Nr. 16, zu präsentiren und in deren Stelle andere dergleichen Pfandbriefe vom nämlichen Betrage in Empfang zu nehmen.
Breslau, den 20. Januar 1851.
Königliches Kredit-Institut für Schlesien.
v. Schleinitz.

Hamburg-Amerikanische-Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.
Von Hamburg nach New-York segelt:
am 15. März d. J. das dreimastige Packetschiff Deutschland, Capitän Hanker,
" 15. April " " " Nordamerika, " Rathje,
" 15. Mai " " " Elbe, " Heydtmann,
" 15. Juni " " " Rhein, " Ehlers.
Hamburg, im Januar 1851. **August Bolten,** Wm. Müller's Nachfolger.

In Breslau zur Annahme von Passagieren, die für Schlesien bevollmächtigten Haupt-Agenten:
Gebrüder Staats, Karlsstraße 28.

Auswahl von Noten
für Musikfreunde und Flügelinstitute: Mehrere Opern von Mozart mit Text, Euryanthe ebenso, Trio's, Quartett's und Quintett's nebst ganzen Orchesterstücken von Mozart, Bethoven, Hummel, Haydn, Kalkbrenner, Moscheles, C. M. v. Weber, Chopin u. a., nebst vielen andern klassischen Klaviersachen zu billigen Preisen bei **G. Peukert,** Schmiedebrücke 25.



Heute Mittwoch
frische Blut- u. Leberwurst
nach Berliner Art,
empfiehlt: **C. F. Dietrich,**
Schmiedebrücke Nr. 2.

Beste frische Schweizer Butter
in Klumpen offerirt billigst: **C. G. Ossig,** Nikolai- u. Herrenstraßen-Ecke Nr. 7.

Alte abgelagerte
Columbia-Cigarren,
(Bremer Fabrikat), die 100 Stück 1 Rtl., à St. 4 Pf.
empfiehlt zur besondern Beachtung: **August Hertzog,**
jetzt Schweidnitzer- u. Junkernstraßen-Ecke, Stadt Berlin.

Börsenberichte.
Breslau, 21. Januar. (**Amtlich.**) Geld- und Fonds-Course. Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or — — Louisd'or 108½ Br. Polnisch Courant 93⅔ Gl. Oesterreichische Banknoten 79⅙ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 121 Gl. Freiwillige preuß. Anleihe 106½ Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % 100¼ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 100⅙ Gl., neue 3½ % 90¼ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 95¾ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 101¼ Gl., Litt. B. 4 % 100⁵⁄₁₂ Gl., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Gl., neue 94⅓ Br. Polnische Schatz-Obligationen 79½ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 74¼ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 110¼ Br., Litt. B. 106⅙ Br. Krakau-Oberschlesische 74¼ Br. Niederschlesisch-Märk. 81⅙ Br., Priorität 5 % 104 Br., Serie III. 102½ Gl. Neisse-Brieger 38¼ Br. Köln-Mindener — — Priorität 103¼ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36⁵⁄₁₂ Gl.
Berlin, 20. Januar. Auf die Pariser Nachrichten vom 18. wurde Anfangs der Börse mehreres niedriger verkauft, doch zeigte sich später für einige Effekten Kauflust, wodurch deren Preise sich wieder besser stellten. Am belebtesten waren Fr.-Wilh.-Nordbahn- und Krakau-Oberschles.-Aktien, Rheinische und besonders Potsdam-Magdeburger dagegen vernachläßigt.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 97¼ bez. und Gld., Priorität 5 % 103 bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 74¼, 74 à ½ bez, Priorität 4 % — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 36⅙ à ½ à ¼ bez., Priorität 5 % 95 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 81¼ Br., Priorität 4 % 93¾ à 94 bez., Priorität 5 % 103⅞ bez., Serie III. 5 % 102¾ Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 3½ % 110½ Br., Litt. B. 3½ % 105¾ Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106¼ bez. und Br. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 84⅝ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 122 à 123 bez. Posener Pfandriefe 4 % 101 Gld., 3½ % 89⅞ Gld. Preußische Bank-Antheile 96¼ à ½ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94¼ Gl., neue 4 % 94 bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 81½ bez. und Gld., à 300 Fl. 141 Br.
Wien, 20. Januar. Das Geschäft war in lomb. Anlehen lebhaft und wurde dasselbe ½ bis ¾ % höher bezahlt, auch lomb. Schatzscheine besser begehrt. Sonst in Fonds und Aktien wenig Veränderung und Umsatz. Comptanten und Wechsel sind in Folge des fortwährenden Bedarfs für das lomb. Anlehen um ca. ½ % besser bezahlt worden.
Hamburg 2 Monat 192; London 3 Monat 12. 41.; Silber 130¾.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.